

Aus dem Inhalt

- 3 Überarbeiteter Newsletter „SELK_news“ gestartet
- 5 Evangelische Jugendliche laden zu Flughafen-Andacht ein
- 11 Lutherischer Weltbund im Gespräch mit römisch-katholischer Kirche
- 14 Kirchen würdigen „Wort zum Sonntag“
- 15 Ehemaliger braunschweigischer Bischof Müller gestorben
- 20 Kardinal Kasper: Kirche braucht mehr Leitung durch Laien
- 21 Vier Bischöfe verweigern Teilnahme am „Synodalen Ausschuss“
- 28 Abtreibung: Bischöfe kritisieren Kommissionsempfehlungen
- 31 Franziskus zur Priesterweihe für Frauen: Die Tür bleibt geschlossen
- 33 „Marsch fürs Leben“: Tätliche Angriffe und Sabotage
- 35 Diakonie Deutschland: Reform der Pflege nicht länger aufschieben
- 36 Gegen Menschenhandel vorgehen

SELK: Synode Rheinland-Westfalen Bischof Voigt spricht über seine Visionen für die SELK

Radevormwald, 24.5.2024 [selk]

Mitte April trafen die mehr als 30 stimmberechtigten Synodalen und einige Vertreter und Gäste des Kirchenbezirks Rheinland-Westfalen zur diesjährigen Synode in Radevormwald zusammen. An die Eröffnung durch den Präses Matthias Leube schloss sich der ausführliche Bericht des Superintendenten Michael Otto an, der die Umbrüche im Kirchenbezirk vor den Herausforderungen der heutigen Zeit herausstellte. Bischof Hans-Jörg Voigt D.D. berichtete anschließend aus der Kirchenleitung von einer zunehmenden Zahl an schwierigen Personalangelegenheiten, konnte aber auch auf positive Anknüpfungspunkte in den Außenbeziehungen der Kirche und in der Ökumene verweisen. An das Synodalreferat des Bischofs zum Thema „Meine Vision von unserer Kirche vor dem Hintergrund von Einheit und Polarisierung, vor allem bezogen auf die Frauenordination“ schloss sich eine lebhafte Diskussion an.

Bei der Synode des Kirchenbezirks Rheinland-Westfalen wurden darüber hinaus zahlreiche Personalien durch Wahlen neu entschieden. Über die einstimmige Wahl des neuen Bezirksjugendpastors Per Tüchsen aus Münster freuten sich insbesondere auch die anwesenden Jugendvertreter. Mit besonderem Dank wurden die langjährigen Bezirksbeiräte Falk Steffen aus Witten und Renate Förster aus Düsseldorf, die dem Bezirk aber als Rendantin erhalten bleibt, verabschiedet. Neu in den Bezirksbeirat gewählt wurden Dr. Heidrun Lederbogen aus der neu gebildeten Einigkeitsgemeinde Bochum und Hartwig Ehlerding aus Witten. Den geistlichen Schlusspunkt der Synode setzte ein Abendmahlsgottesdienst, der von Pfarrer Michael Bracht gehalten wurde, in dem auch der Jugendpastor und die neuen Bezirksbeiräte durch den Superintendenten eingesetzt wurden, und der buchstäblich mit Pauken und Trompeten des Bläserensembles unter Leitung von Kantor Thomas Nickisch endete.

SELK: AKT in Berlin-Wilmersdorf Musikenthusiasten treffen sich und bilden sich fort

Berlin, 31.5.2024 [selk]

Am Wochenende von Himmelfahrt bis Exaudi trafen sich mehr als 50 Musikerinnen und Musiker in Berlin-Wilmersdorf, um sich während der

Allgemeinen Kirchenmusiktage (AKT) in Chorworkshops mit Prof. Hildebrand Haake (Herford) und Orgelexkursionen mit Kantorin Antje Ney

(Hanstedt) weiterzubilden. Die Organisten erfuhren viel Inspiration an den verschiedensten Orgeln. So konnten sie während einer musikalischen Mittagsandacht im Berliner Dom die W.-Sauer-Orgel in Aktion erleben. Der Organist nahm dabei die Gedanken des Predigers auf, vertiefte sie musikalisch und beeindruckte uns mit seinen Improvisationen. Auch die Orgel in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-

kirche brachte alle durch ihre Größe und die baulichen Besonderheiten zum Staunen. Besonders freute es die Kantorinnen Antje Ney und Nadine Sonne, dass sich alle Organisten, die an der Exkursion teilnahmen, trauten, an diesen besonderen Instrumenten selbst zu spielen. Am Samstagabend erklangen dann einige Stücke, die die Teilnehmer vorbereitet hatten, im Werkstattkonzert.

Pflanzenflohmarkt in Neumünster

SELK: Kreuzgemeinde schafft attraktive Veranstaltung und sammelt Spenden

Neumünster, 17.5.2024 [selk]

Ende April fand zum neunten Mal der Pflanzenflohmarkt der Kreuzgemeinde Neumünster der SELK bei damals noch winterlichen Temperaturen statt. Die Kälte konnte aber zahlreiche Gartenfans nicht davon abhalten, in Pflanzen, Gartenwerkzeugen, Gartenmöbeln bis zu Deko-Ideen von 38 Ausstellerinnen und Ausstellern zu stöbern. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher reihten sich zudem in die lange Schlange des Kuchenbüfets ein, um das reichhalti-

ge Angebot von mehr als 70 Torten und Kuchen zu nutzen. Die Gemeinde selbst war auch mit einem Pflanzenstand vertreten und sorgte zudem für das leibliche Wohl. Kleine Samentütchen mit dem Hinweis auf den Sonntagsgottesdienst wurden verschenkt sowie Gemeinde-Flyer verteilt. Bei der Veranstaltung wurden mehr als 3.000€ Spenden für die Instandhaltung des Kirchengebäudes der Kreuzgemeinde Neumünster gesammelt.

SELK: Prof. Dr. Christoph Barnbrock hält Vortrag zum Synodalthema Bezirkssynode Süddeutschland tagt in Mannheim

Mannheim, 17.5.2024 [selk]

Die Synode des Kirchenbezirks Süddeutschland fand am 19. und 20. April in den Räumen der St. Michael Gemeinde der SELK in Mannheim statt. Sie begann mit dem Synodalgottesdienst, in dem Superintendent Scott Morrison (Stuttgart) die Predigt hielt und Pfarrer Stefan Förster (Heidelberg) Liturg war. Die Synode nahm zahlreiche Berichte entgegen. Sie verabschiedete die Beauftragten für Kindergottesdienst und bestellte neue dazu, wählte einen Bezirksbeirat wieder und regelte die Finanzangelegenheiten des Bezirks. Das Synodalthema hielt Prof. Dr. Christoph Barnbrock unter dem Thema: „Mit dem Strom oder aus Prinzip dagegen? Oder vielleicht doch ganz anders? - Lutherische Kirche im 21. Jahrhundert in der Welt, aber nicht von der Welt“. Darin hielt er fest, dass uns die christliche Botschaft und das lutherische Bekenntnis Wege weisen, die jenseits von blinder Anpassung und Generalopposition liegen.

Im Rahmen der Synode des SELK-Kirchenbezirks Süddeutschland wurden darüber hinaus zahlreiche personelle Entscheidungen getroffen. Die bisherigen Beauftragten für Kindergottesdienste, Lydia Beisel und Regina Tepper (beide Stuttgart), wurden mit großem Dank aus ihren langjährigen Diensten entlassen. Zu den Nachfolgerinnen wurden Judith Weinert (ebenfalls Stuttgart) und Senta Bunge (München) gewählt. Auch wurde Dr. Volker Schlechter (Stuttgart) für fünf weitere Jahre als Mitglied des Bezirksbeirates gewählt. Barbara Lux (Kaiserslautern) plant, bis spätestens 2026 ihr Amt als Bezirksbeauftragte für Diakonie abzugeben. In der Zeit vom 24. bis 27. April 2025 soll erneut eine Kirchenbezirksfreizeit in Kirchheim/Teck bei Stuttgart stattfinden. Im kommenden Jahr ist geplant, dass die Kirchenbezirkssynode in den Räumlichkeiten der St. Michaelis-Gemeinde Kaiserslautern stattfindet.

Prof. Dr. Neddens als Referent bei reformierter Jahrestagung SELK: Expertise der Lutherischen Theologischen Hochschule ist gefragt

Berlin, 28.5.2024 [selk]

Prof. Dr. Christian Neddens von der Lutherischen Theologischen Hochschule der SELK in Oberursel wurde vom Reformierten Bund als einer der beiden Hauptreferenten zu seiner Jahrestagung eingeladen. Die 75. Hauptversammlung, die vom 25.-27. April im Französischen Dom in Berlin stattfand, stand angesichts von Gemeindefusionen in Deutschland und unterschiedlicher Positionierungen im globalen Kontext unter dem Thema „Reformierte Identität“. Als „lutherische Stimme und Impulsgeber“ war Prof. Neddens für eine Außenwahrnehmung reformierter

Identität eingeladen worden. Neddens würdigte u.a. aus lutherischer Perspektive die Bemühung von Reformierten um die Heilige Schrift und die Wertschätzung des Bekenntens, also als Christ in dieser Welt einen Standpunkt beziehen zu müssen. Ein Bewusstsein für Gottes Gnade, die Mündigkeit der Gemeinde und politische Wachheit zeichne reformiertes Freiheitsverständnis aus. In der wissenschaftlichen Zusammenarbeit schätze er sie als verlässliche Partner mit einem Feuer für Theologie.

Überarbeiteter Newsletter „SELK_news“ gestartet

SELK: SELK_news starten im neuen Format – Registrierung ist online möglich

Hannover, 7.6.2024 [selk]

Der Newsletter der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) „SELK_news“ wurde in den letzten Wochen gründlich überarbeitet. „Die Auffrischung von SELK_news war nicht nur kosmetischer Natur, vielmehr wurde auch die technische Plattform im Hintergrund erneuert“, so der Geschäftsführende Kirchenrat der SELK, Daniel Soluk. Der Newsletter der Kirche ist bereits seit vielen Jahren ein erfolgreiches Kommunikationsmedium. Per E-Mail werden regelmäßig viele hunderte Abonnenten erreicht, die dank der informativen Meldungen über wichtige Ereignisse in der SELK auf den neuesten Stand gebracht werden. Neben IT-Basis und Design wird sich

auch die Veröffentlichungsfrequenz von SELK_news ändern. Angedacht ist, dass der Newsletter wöchentlich erscheint und die wichtigsten Meldungen der Woche zusammenfasst. Ergänzt werden die übersichtlichen Texte mit Bildmaterial und Links.

Die Registrierung für den Newsletter ist im Bereich „SELK_NEWS“ auf der Website selk.de möglich. „Ich freue mich sehr über Rückmeldungen und Kritik, beispielsweise per E-Mail an selk@selk.de“, so Soluk. Auf Wunsch sind auch „Ausfüllhilfen“ für die Autorinnen und Autoren per E-Mail erhältlich.

KURZ UND BÜNDIG

■ An Pfingstmontag feierte die ev.-luth. St. Johannes-Gemeinde der SELK in Limburg den Auftaktgottesdienst zur 700-Jahr-Feier der Kapelle. 700 weiße Tauben „fliegen“ derzeit durch den Altarraum, 700 Tauben für 700 Jahre wechselhafte Geschichte. Nach zwei Jahren Bauzeit wurde die Kapelle 1324 ihrer Bestimmung übergeben. Als Gotteshaus wurde sie als Zweigstelle des Kloster Eberbachs genutzt, später von der evangelisch-unierten Gemeinde und der jüdischen Gemeinde. Aber auch als Salzmagazin und Getreidespeicher, als Lager für Selterswasser sowie als Aktenlager wurde die Kapelle zwischenzeitlich verwendet. Seit 1948 wird die Kapelle wieder als Gotteshaus durch die St. Johannes-Gemeinde genutzt, im Jahr 2002 ging sie in den Besitz der Gemeinde über. Die St. Johannes Gemeinde lädt herzlich zu allen Festivitäten rund um das 700-jährige Bestehen der Kapelle in Limburg ein.

■ Am 15. Mai trafen sich die „Beauftragten am Sitz der Bundesregierung“ der sogenannten „kleinen Kirchen“ in den Räumen der „Stiftung für Grundwerte und Völkerverständigung“ am Pariser Platz in Berlin. Gastgeber war Pastor Konstantin von Abendroth, Beauftragter für die Vereinigung evangelischer Freikirchen (VEF). Neben allgemeinem Austausch wurden letzte Vereinbarungen über ein gemeinsames Schreiben an die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen für Kirche und Religion getroffen. Pfarrer Johann Hillermann war für die SELK dabei. Weitere Teilnehmer waren: Bischof Emmanuel Sfiatkos von Christoupolis für die orthodoxen Kirchen, Pastor Frank Heinrich für die Evangelische Allianz Deutschland (EAD) und Dekan Ulf-Martin Schmidt für die Altkatholische Kirche.

JUGENDWERKS-INFORMATIONEN

Andachten im Bällebad

13 Teilnehmende bei JuLeiCa Schulung im Jugendwerk

Homberg (Efze), 5.5.2024 [selk]

Vom 1. bis zum 5. Mai fand im lutherischen Jugendgästehaus die erste JuLeiCa Schulung des Jugendwerks der Selbständig Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) statt. Dreizehn junge Menschen hatten sich angemeldet, um sich schulen zu lassen und verbrachten fünf intensive Tage in Homberg (Efze).

Für die Jugendarbeit gibt es mit der Jugendleiter/Jugendleiterinnen-Card (JuLeiCa) eine qualitativ hochwertige Ausbildung für Ehrenamtliche. Ein vergleichbares Qualifikationsinstrument für Ehrenamtliche, gibt es in kaum einem anderen Bereich des ehrenamtlichen Engagements.

Die JuLeiCa ist der bundesweit einheitliche Ausweis für ehrenamtliche Mitarbeitende in der Jugendarbeit. Sie dient zur Legitimation und als Qualifikationsnachweis. Zusätzlich soll die JuLeiCa auch die gesellschaftliche Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement zum Ausdruck bringen.

Bereits am ersten Tag wurde den Teilnehmenden mit Einheiten zu Gruppen- und Spielepädagogik grundlegendes Wissen vermittelt, dass sie während der gesamten Schulung immer wieder selbst anwenden durften. Besonders die WUPS, die Warm-Up Spiele, erfreuten sich dabei großer Beliebtheit.

Der zweite Tag begann ganz praktisch mit Ansagentraining, Übungen in Körpersprache und „Wie gestalte ich eine Andacht?“. Nachmittags standen Entwicklungsprozesse und religiöse Entwicklung auf dem Stundenplan.

Es folgte ein Tag mit ernstern Themen. Vormittags gab es wichtige Hinweise zur Aufsichtspflicht, dem Jugendschutz und anderen rechtlichen Fragen. Nachmittags und abends folgte eine lange Einheit zum Thema „Prävention Kindeswohlgefährdung und sexueller Missbrauch“. Dafür holte sich das Team mit Anna Hönig (Sozialpädagogin im Gemeindedienst) kompetente Unterstützung.

Abgerundet wurde die Schulung mit Einheiten zu Lebenssituationen und Milieus von Jugendlichen, Organisation von Veranstaltungen, Bewältigung von Krisen, unterschiedliche Leitungsstile und Medienkompetenz.

Alles in allem ein anspruchsvolles Programm, das die Teilnehmenden zu bewältigen hatten, waren sie doch auch immer wieder gefordert das Erlernte anzuwenden. So wurden neben den WUPS auch Spieleinheiten von ihnen durchgeführt und Andachten gehalten, zwei davon sogar im Bällebad des Jugendhauses.

Die erste JuLeiCa Schulung des Jugendwerks endete mit einer ausführlichen Feedbackrunde, bei der deutlich wurde, dass es für das erste Mal schon eine richtig tolle Fortbildung war, aber es in einigen Punkten durchaus auch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Das Team bestehend aus Anna Magdalena Schorling (Sozialarbeiterin), Jaira Hoffmann (Diakonin und Sozialarbeiterin), Nadine Unger (Sozialarbeiterin) und Karsten „Ernie“ Schreiner (Hauptjugendreferent der SELK) freut sich jedenfalls bereits auf die nächste JuLeiCa Schulung.

Evangelische Jugendliche laden zu Flughafen-Andacht ein Angebot in der Kapelle des Flughafens Hannover

Hannover, 17.5.2024 [epd/selk]

Unter dem Titel „Wo willst du hin?“ führten evangelische Jugendliche am Freitag, den 17. Mai um 21 Uhr eine Andacht in der Kapelle des Flughafens Hannover durch. „Unser Ziel ist es, die besondere abendliche Stimmung am Flughafen einzufangen, dazu Impulse zu geben und Gesprächsräume zu schaffen“, sagte Caro Böhne von der Evangelischen Jugend im Kirchenkreis Burgwedel-Langenhagen. Die Andacht wurde gemeinsam mit Flughafen-Seelsorger Karl-Martin Harms gestaltet. Im Anschluss be-

stand die Möglichkeit zum Austausch. Willkommen waren alle, die das Thema und der Ort ansprechen.

Antworten auf die Frage „Wo willst du hin?“ seien an wenigen anderen Orten so unterschiedlich wie auf dem Flughafen, hieß es weiter. Die Gänge, Schalter und Wartezonen seien ein Zwischenraum zwischen dem Alltag und etwas Neuem.

Emotional, begeisternd oder „einfach mega“ Taylor-Swift-Gottesdienste in der Heiliggeistkirche in Heidelberg

Heidelberg, 12.5.2024 [epd/selk]

Auffällig viele junge Frauen haben am 12. Mai vor der Heidelberger Heiliggeistkirche gestanden und auf Einlass gewartet. Sie wollten gemeinsam mit anderen Fans an zwei Taylor-Swift-Gottesdiensten teilnehmen, auch wenn die US-Sängerin selbst nicht da war. Nachdem Medien bundesweit berichtet hatten, waren die kostenlosen Eintrittskarten schnell vergeben. Insgesamt 1.200 Menschen kamen.

Die Veranstaltung sei kein Konzert oder Event, sondern ein Gottesdienst, bei dem es um die Spiritualität des US-Megastars Taylor Swift gehe, sagte Citykirchenpfarrer Vincenzo Petracca in dem evangelischen Gottesdienst zum Thema „Anti-Hero“ – auch wenn das 600 Jahre alte Gotteshaus „für Gregorianik geschaffen wurde, und nicht für Taylor Swift“.

Swift sei im sogenannten US-amerikanischen Bibelgürtel aufgewachsen, dies habe sie religiös geprägt. Deshalb verwende sie christliche Sprache und Motive in ihren Liedern, auch in ihrem vor wenigen Wochen erschienenen Album „The Tortured Poets Department“. Taylor Swift sei eine bekennende Christin: „Ihr Glaube kennt Zweifel und Zerrissenheit“, erläuterte der evangelische Pfarrer.

Swift verstehe ihr Christentum politisch. So trete sie für die Rechte von Frauen und queeren Menschen ein und spreche sich gegen Diskriminierung und Rassismus aus. Deshalb werde sie in evangelikalen Kreisen angefeindet, „manche verteufeln sie gar“, so Petracca.

Die Sängerin kritisiere einen „heuchlerischen Glauben“, dem Dogmen wichtiger seien als Menschlichkeit und

Nächstenliebe. „Theologisch gesprochen, verweist sie auf die Gerechtigkeit Gottes. Glaube und Tun sind bei ihr untrennbar verbunden“, erklärte Petracca. Ihre Songs handelten auch von Fragen und Zweifeln. Am Muttertag erinnerte er an Swifts Lied „Soon You‘ll Get Better“ (Bald wird es dir besser gehen), dass die Sängerin für ihre krebserkrankte Mutter geschrieben hatte. Darin heißt es: „Verzweifelte Menschen finden Kraft im Glauben, deshalb bete ich jetzt auch zu Jesus.“

Sechs Stücke der Pop-Ikone wurden von der Hamburger Sängerin Tine Wiechmann, die bis vor kurzem Professorin für Pop-Kirchenmusik an der Hochschule für Kirchenmusik in Heidelberg war, und ihrer Band interpretiert.

Die Gottesdienstreihe „Citykirche Rock ,n‘ Pop“ gibt es seit 2015. Im Juni planen die Organisatoren in der 600 Jahre alten Kirche einen Streetdance-Gottesdienst und den Tanzwettbewerb „Church Battle“ mit Gästen aus ganz Europa.

Erste Frau als Priorin der Offensive Junger Christen eingesegnet Festgottesdienst im Rahmen des „Tags der Offensive“

Reichelsheim, 10.5.2024 [IDEA/selk]

Erstmals leitet eine Frau die ökumenische Kommunität Offensiver Junger Christen (OJC): Gerlind Ammon-Schad. Die 60-jährige wurde an Christi Himmelfahrt (9. Mai) in Reichelsheim (Odenwald) als Priorin eingesegnet. Sie ist Nachfolgerin von Konstantin Mascher, der die Höchstdauer von drei Amtszeiten (jeweils vier Jahre) erreicht hat. Ammon-Schad war bereits im Oktober 2023 von der Kommunität gewählt worden. Der Festgottesdienst zum Leitungswechsel erfolgte nun im Rahmen des „Tags der Offensive“ unter dem Motto „auf geht’s“. In seiner Predigt forderte Pfarrer Gerhard Knodt (Nürnberg), die neue Priorin mit Kräften zu unterstützen. Vor allem Menschen in Leitungsverantwortung brauchten Zuspruch. Das gelte besonders, damit aufkommende „Leitungseinsamkeit“ nicht zu Schaden führe. Knodt war kurzfristig für den erkrankten Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig und Beauftragten des Rates für den Kontakt zu den Kommunitäten, Christoph Meyns, eingesprungen. Im Namen der Kommunität dankte Knodt Mascher und seiner Ehefrau Daniela für ihren Dienst. Sie hätten „Treue in der Gefährtschaft“ bewiesen, seien bereit gewesen, Verantwortung zu tragen und hätten in Krisen durchgehalten. Mit der Sendung als neue Priorin beginne für Ammon-Schad ein apostolisches Amt, das über Reichelsheim hinausreiche. Daher trage die Priorin nun Verantwortung nach innen und außen, so Knodt.

In ihren Sendungsworten erinnerte die neue Priorin an Jesu Zusage, Christen seien das Salz der Welt: „Wir streu-

en Gottes Geschmack in die Welt, einfach weil wir sind. Weil wir sein sind“, so Ammon-Schad. Dabei komme es aber auf die richtige Dosierung an: „Was wir sagen, wie wir die Wahrheit weitergeben mit Worten oder Taten, soll Durst nach mehr machen, nach Leben, nach Hoffnung, nach Versöhnung, nach Sinn. Nach einer lebendigen, verändernden Christusbeziehung.“ Als Priorin wolle sie das Salzige, Würzige und Heilsame der Menschenfreundlichkeit Gottes in die Welt streuen.

Ammon-Schad und ihr Ehemann Bernhard – sie haben vier erwachsene Kinder – lebten 18 Jahre im mittelamerikanischen Costa Rica. Dort bauten sie ein Missionszentrum auf. Ammon-Schad leitete unter anderem eine Schule für Missionarskinder und eine Frauenarbeit für Indigene. 2014 kehrte das Ehepaar mit zwei damals minderjährigen Kindern nach Deutschland zurück und schloss sich der OJC an. Ihre interkulturellen Erfahrungen brachte Gerlind Ammon-Schad unter anderem in die diakonische Arbeit der weltweiten OJC-Partnerprojekte ein. Sie arbeitete auch als Referentin für Freiwilligendienste der OJC und in der Begleitung von Freiwilligen. Für Mascher beginnt nun eine halbjährige Sabbatzeit. Danach wird er sich wieder in verschiedenen Arbeitsbereichen der OJC engagieren. Zu ihr gehören rund 100 Personen. Sie ist ein Fachverband in der Diakonie Deutschland. Ihre Quartalszeitschrift „Salzkorn“ hat rund 13.000 Bezieher. Gründer und langjähriger Leiter der OJC war Horst-Klaus Hofmann (1928–2021).

Teilzeit im Freiwilligendienst für Jüngere künftig einfacher möglich Gesetzesänderung durch Bundestag

Berlin, 26.4.2024 [epd/selk]

Junge Menschen unter 27 Jahren können ihren Freiwilligendienst künftig in Teilzeit leisten, wenn ihre Einsatzstelle zustimmt. Außerdem wird die Höchstgrenze für das Taschengeld angehoben. Einstimmig beschloss der Bundestag am 26. April in Berlin entsprechende Änderungen in den Gesetzen für den Jugend- und den Bundesfreiwilligendienst.

Danach kann die Dienstzeit pro Tag oder Woche reduziert werden, muss aber mehr als 20 Wochenstunden betragen. Einen Rechtsanspruch auf die Teilzeitregelung gibt es nicht. Bisher sind Freiwillige unter 27 Jahren von Teilzeitregelungen ausgeschlossen, es sei denn, sie können ein berechtigtes Interesse nachweisen. Dazu zählen Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen sowie physische oder psychische Einschränkungen.

Das Taschengeld für Freiwillige darf derzeit höchstens 453 Euro im Monat betragen. Nach der Neuregelung liegt die Höchstgrenze bei 604 Euro. Im kommenden Jahr, wenn das Gesetz in Kraft tritt, wird sie voraussichtlich aufgrund der Berechnungsmethode etwas höher liegen. Damit steigt aber nicht automatisch das Taschengeld für alle Freiwilligen. Die tatsächliche Höhe ist vielmehr individuell und von Einrichtung zu Einrichtung verschieden. Finanziell gut aufgestellte Träger zahlen in der Regel mehr als beispielsweise kleine Vereine.

Mit der Teilzeitregelung für die Jugendfreiwilligendienste setzt die Ampel-Regierung aus SPD, Grünen und FDP eine Vereinbarung aus ihrem Koalitionsvertrag um. Jedes Jahr leisten zwischen 90.000 und 100.000 Menschen einen Freiwilligendienst.

Jugendpfarrer: Die heutige Jugend ist krisenerprobt Fritsche: Kirche darf nicht an der Arbeit mit jungen Menschen sparen

Nürnberg, 26.4.2024 [IDEA/selk]

Junge Menschen blicken trotz vieler Ängste und Sorgen überwiegend positiv in ihre Zukunft. Zu dieser Einschätzung kommt der Landesjugendpfarrer der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Tobias Fritsche (Nürnberg), in einem Bericht. Darin heißt es, die Krisen der letzten Jahre hätten die junge Generation in besonderem Maße psychisch und mental belastet. Die heutige Jugend stehe vor großen Herausforderungen, gekennzeichnet durch eine schnelle Veränderung der Lebensumstände, aber auch persönlicher Krisen. Trotzdem sei sie nicht primär durch Pessimismus geprägt, sondern vor allem krisenerprobt. Weiter heißt es in dem Bericht, die Kirche müsse sich fragen, wie sie junge Menschen stärken und krisen-

fester machen könne und wie ihnen Wert zugesprochen und Perspektive gegeben werden könne. Sie müsse offen sein, um attraktive Anknüpfungspunkte für junge Menschen bieten zu können, damit eine Integration dieser Generation in das Gemeindeleben sicherstellt sei. Eine vordringliche Aufgabe der kirchlichen Jugendarbeit sei die Vorbeugung gegen jede Form von Machtmissbrauch, um sichere Räume für die jungen Menschen zu schaffen. Außerdem forderte Fritsche: „Jugendarbeit darf bei Kürzungen und Sparzwängen nicht unter den Tisch fallen – sondern muss als die Zukunftsperspektive der Kirche auch finanziell gestärkt werden.“

AUS DEM WELTLUTHERTUM

Weihe und Einsetzung von Bischöfen für Sudan/Südsudan Peter Anibati Abia neuer Leitender Bischof

Südsudan, 7.5.2024 [ilc/selk]

Die Evangelisch-Lutherische Kirche im Südsudan und im Sudan (ELCSS/S) hat am 5. Mai 2024 in der St.-Paul-Kathedrale in Yambio, Südsudan, ihren ersten leitenden Bischof und vier Diözesanbischöfe geweiht und eingesetzt.

Zum Leitenden Bischof wurde Pfr. Peter Anibati Abia ernannt, der im Dezember 2016 erstmals als Bischof an die Spitze der ELCSS/S gewählt worden war. Anschließend wurde er auf dem Generalkongress der ELCSS/S im Dezember 2023 zum Leitenden Bischof gewählt.

Die Änderung des Titels von „Bischof“ zu „Leitender Bischof“ spiegelt die Entwicklungen in der Struktur der

ELKS/S wider, da die Kirche auf ihrem Generalkongress 2023 das Amt der Diözesanbischöfe eingeführt hat. Der vorsitzende Bischof Abia ist für die Diözese West-Äquatoria zuständig; für die vier anderen Diözesen wurden Pfr. Ogiki Benjamin (Zentral- und Ost-Äquatoria), Pfr. Peter Chuol (Jonglei), Pfr. Simon Gatluak (Oberer Nil) und Pfr. Musa Alabina (Sudan) als Bischöfe gewählt. Alle vier Diözesanbischöfe wurden während des Gottesdienstes im Mai 2024 zusammen mit dem Vorsitzenden Bischof Abia geweiht und in ihr Amt eingeführt. Zu den weiteren Amtsträgern, die während des Gottesdienstes eingesetzt wurden, gehörten der Generalsekretär der Kirche und der Assistent des Bischofs für die Diözese West-Äquatoria.

Oberster Gerichtshof: Berufung gegen Abgeordnete und Bischof Staatsanwaltschaft legte Berufung gegen Freispruch ein

Finnland, 22.4.2024 [ilc/selk]

Der Oberste Gerichtshof Finnlands hat angekündigt, dass er die Berufung der Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der finnischen Parlamentsabgeordneten Dr. Päivi Räsänen und des Bischofs Juhana Pohjola von der Evangelisch-Lutherischen Missionsdiözese Finnlands zulassen wird. Ein Termin für den Prozess wurde noch nicht festgelegt.

Dr. Räsänen und Bischof Pohjola wurden erstmals 2021 wegen ihrer Äußerungen zur historischen christlichen Lehre über die menschliche Sexualität wegen Hassrede angeklagt. Sie standen 2022 vor dem Bezirksgericht Helsinki vor Gericht, wurden aber von einem Gremium aus drei Richtern einstimmig freigesprochen: „Es ist nicht die Aufgabe des Bezirksgerichts, biblische Begriffe zu interpretieren“. Gegen diese Entscheidung wurde Berufung beim Berufungsgericht Helsinki eingelegt, wo die beiden 2023 erneut einstimmig in allen Punkten freigesprochen wurden.

„Ich bin nicht überrascht, aber enttäuscht von der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die Berufung zuzulassen“, sagte Bischof Pohjola in Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen. „Ich bin zuversichtlich, dass der

Oberste Gerichtshof auch einen Freispruch aussprechen wird, der als Präzedenzfall dazu beitragen kann, dass in Zukunft niemand mehr in einem Rechtsstaat einen solch unverständlichen und ermüdenden Prozess ertragen muss – eine Situation, mit der wir nun seit fast fünf Jahren konfrontiert sind.“

Die Anklage gegen Dr. Räsänen und Bischof Pohjola bezieht sich auf eine Broschüre von Dr. Räsänen aus dem Jahr 2004 sowie auf Äußerungen von ihr in einem Radiointerview und in einem Tweet (der ein Bild eines Bibelverses enthielt). Bischof Pohjola wurde wegen seiner Rolle als Herausgeber der Broschüre von 2004 angeklagt. Nach dem Urteil des Berufungsgerichts Helsinki hat die Staatsanwaltschaft nur gegen zwei der drei Freisprüche Berufung beim Obersten Gerichtshof eingelegt: die Freisprüche im Zusammenhang mit der Broschüre und dem Tweet.

Als Reaktion auf die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, eine weitere Berufung zuzulassen, sagte Dr. Räsänen, dass sie bereit sei, die Meinungs- und Religionsfreiheit weiterhin vor dem Obersten Gerichtshof und, falls nötig, auch vor dem Europäischen Gerichtshof für Men-

schenrechte zu verteidigen. Sie fuhr fort: „Ich betrachte es als Privileg und Ehre, die Meinungsfreiheit zu verteidigen, die ein Grundrecht in einem demokratischen Staat ist.“

Angesichts der staatlich sanktionierten Verfolgung ermutigt Bischof Pohjola die Christen weiterhin dazu, offen über ihren Glauben zu sprechen. „Obwohl ich der Aufstachelung zum Hass gegen eine Gruppe von Menschen beschuldigt werde, lehnen wir weiterhin mutig den inneren Wert eines jeden Menschen und auch Gottes Willen und Plan für die menschliche Sexualität und Familie“, sagte er. „Dies ist nicht der Zeitpunkt, um zurückzutreten und zu schweigen, sondern in Liebe und Wahrheit die gute Schöpfungsordnung und Gottes Institution der Ehe zwischen Mann und Frau zu bekennen und vom leeren Grab aus Christi wunderbare Gabe der Sündenvergebung für alle Menschen zu teilen.“

Die laufende Strafverfolgung von Dr. Räsänen und Bischof Pohjola hat weltweit Bestürzung und Besorgnis über den Zustand der Religions- und Meinungsfreiheit in Finnland hervorgerufen. „Die Nachricht, dass der finnische Oberste Gerichtshof den Fall gegen Bischof Pohjola und Dr. Räsänen verhandeln wird, ist für alle, die die Situation seit einiger Zeit aufmerksam verfolgt haben, beunruhigend“, sagte Pfarrer Dr. Klaus Detlev Schulz, Generalsekretär des

Internationalen Lutherischen Rates (ILC). „Der Prozess scheint endlos und ermüdend zu sein. Unsere Gedanken und Gebete sind sowohl bei Dr. Räsänen als auch bei Bischof Pohjola in der Hoffnung auf ein Urteil, das sie endlich von jeglicher Anklage entlastet.“

Der ILC hat wiederholt auf die Situation in Finnland aufmerksam gemacht, zum Gebet aufgerufen, eine Vortragsreise organisiert und einen Offenen Brief veröffentlicht, der von den Leitern von 45 lutherischen Kirchen weltweit unterzeichnet wurde. In einem weiteren Zeichen der Unterstützung wählten die zur Weltkonferenz 2022 des ILC in Kenia versammelten Kirchenleiter Bischof Pohjola zum Vorsitzenden des ILC. Während er und Dr. Räsänen mit der Aussicht auf ein weiteres Verfahren konfrontiert sind, drückt Bischof Pohjola seine Dankbarkeit für all diejenigen aus, die sie unterstützt und für sie gebetet haben: „Ich bin dankbar für alle Unterstützung, Ermutigung und Fürbitte in den Kirchen des ILC und darüber hinaus.“

Der Internationale Lutherische Rat ist ein weltweiter Zusammenschluss konfessioneller lutherischer Kirchen, die sich der Verkündigung des Evangeliums von Jesus Christus widmen und sich auf die Autorität der Heiligen Schrift und der lutherischen Bekenntnisse stützen.

Gottes Plan für die Sexualität: Das Gespräch beginnen Unverheiratetes Zusammenleben. Homosexualität. Pornographie. Transgenderismus.

St. Louis, Mo., USA, 3.5.2024 [reporter/selk]

Die Kirche schweigt oft zu diesen Themen oder spricht von ihnen, als ob sie „da draußen“ wären – aber da sie zunehmend jeden Winkel der Gesellschaft durchdringen, betreffen sie auch unsere Brüder und Schwestern in Christus.

Wenn Gottes Plan nicht befolgt wird, leidet die ganze Gemeinschaft darunter. Oft trauen sich leidende Eltern oder Menschen, die sich in Schwierigkeiten befinden, nicht, diese Probleme in ihren Kirchengemeinden anzusprechen, weil sie Angst vor Unannehmlichkeiten oder Scham haben. Durch dieses Schweigen tragen viele Christen allein eine schwere Last, die sehr schwer zu tragen ist.

Auf ihren Synoden 2019 und 2023 verabschiedete die Lutherische Kirche-Missouri-Synode (LCMS) Resolutionen, in denen sie die Kirche auffordert, „sich mit Fragen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität zu befassen“ – um bewusste Gespräche zu beginnen und Pfarrer, kirchliche Mitarbeiter sowie Laien durch Ressourcen und Unterstützung in die Lage zu versetzen, diese Gespräche in ihren Gemeinden zu führen.

Am 15. und 16. April fand im LCMS International Center in St. Louis die Konferenz „Created Male and Female: In His Image“ statt. Sie war eine der ersten einer Reihe von Konferenzen, die landesweit von der von der LCMS anerkannten Dienstorganisation DOXOLOGY durchgeführt und durch einen Zuschuss des LCMS Office of National Mission (ONM) finanziert werden. Das ONM wird 10 Konferenzen im Jahr 2024 und 10 weitere im Jahr 2025 finanzieren.

Die beiden Konferenztage wurden von Pfarrer David C. Fleming, dem DOXOLOGY-Exekutivdirektor für Seelsorge, Dr. Beverly K. Yahnke, der DOXOLOGY-Exekutivdirektorin für christliche Seelsorge, und Pfarrer Matthew Wurm, dem leitenden Pfarrer der Mount Calvary Lutheran Church in Brookings, S.D., geleitet. Die Inhalte waren auf drei verschiedene Gruppen zugeschnitten, nämlich Geistliche, Laien, Pädagogen und andere kirchliche Mitarbeiter und konzentrierten sich auf vier Hauptthemen: Seelsorge für zusammenlebende Paare, Unterstützung für Familien mit Kindern, die sich als Transgender identifizieren, Taktiken für den Umgang mit schwierigen Gesprächen und Konflikten sowie christliche Weltanschauung und Sexualität.

Geschichte des Luth. Weltbundes aus Sicht der Missouri-Synode Neue Veröffentlichung erschienen

Fort Wayne, 14.5.2024 [reporter/selk]

Eine neue Veröffentlichung der Lutherischen Kirche-Missouri-Synode (LCMS) „Der Lutherische Weltbund heute: Missio Dei, Imago Dei and the Ongoing Reformation“ (Missio Dei, Imago Dei und die fortlaufende Reformation) zeichnet die Geschichte des Lutherischen Weltbundes (LWB) – dem die LCMS nicht angehört – von seinen Anfängen bis zum heutigen Tag nach. Der Inhalt der Broschüre wurde erstmals in gekürzter Form von ihrem Autor, dem Direktor für kirchliche Beziehungen der LCMS, Rev. Dr. Jonathan Shaw, während des 47. jährlichen Symposiums über die lutherischen Bekenntnisse am Concordia Theological Seminary, Fort Wayne, am 19. Januar dieses Jahres vorgestellt.

Die Broschüre, die kostenlos heruntergeladen werden kann, beginnt mit den Wurzeln des LWB im Lutherischen Weltkonvent, der 1923 gegründet wurde, um die Zusammenarbeit in der Nachkriegs-Hilfsarbeit zu erleichtern und die Gemeinschaft der lutherischen Kirchen zu fördern. Die Broschüre verfolgt die Entwicklung des LWB seit seiner Gründung im Jahr 1947 als „freie Vereinigung lutherischer Kirchen“, die in den Bereichen Diakonie, Mission, Theologie und Ökumene zusammenarbeiten. Sie dokumentiert eine neu definierte Identität des LWB

als „Gemeinschaft von Kirchen“ in Altar- und Kanzelgemeinschaft mit versöhnter theologischer Vielfalt, die sich für politische, soziale, geschlechtsspezifische und ökologische Gerechtigkeit einsetzt. Er bewertet die Arbeit der LWB-Vollversammlung 2023 als eine weitgehende Abkehr vom rettenden Evangelium Jesu Christi und dem Bekenntnis des Wortes Gottes. Sie schließt mit einem Aufruf an die „konfessionellen lutherischen Kirchen, die noch im LWB sind“, die Worte des heiligen Paulus zu beherzigen: „Darum geht hinaus aus ihrer Mitte und sondert euch von ihnen ab, spricht der Herr, und rührt nichts Unreines an; dann will ich euch aufnehmen und will euch ein Vater sein, und ihr sollt mir Söhne und Töchter sein, spricht der Herr, der Allmächtige“ (2. Korinther 6,17-18). Zusätzlich zu Shaws Analyse des LWB enthält die Broschüre:

- Ein Vorwort von LCMS-Präsident Rev. Dr. Matthew C. Harrison;
- bibliografische Angaben zu den in der Abhandlung zitierten Quellen; und
- einen Anhang mit einer Einschätzung des LWB aus dem Jahr 2022 durch die LCMS-Kommission für Theologie und Kirchenbeziehungen (CTCR). Das CTCR-Dokument enthält eine Liste mit empfohlenen Quellen für weitere Studien.

Kanadische Lutheraner unterstützen die Ausbildung in Haiti Wachsender Bedarf an Pastoren

Haiti, 10.5.2024 [Canadian Lutheran/selk]

Mitglieder der Lutherischen Kirche Kanadas (LCC) unterstützen die haitianischen Lutheraner bei der Seminarbildung – und durch sie auch andere Christen auf der ganzen Welt.

Das derzeitige Engagement der LCC für die Seminarbildung in Haiti begann durch den Kontakt mit Pfarrer W. Clercius, der 2022 LCC-Missionar auf Zeit für französische Dienste wurde. Pfr. Clercius und andere haitianische Pastoren hatten zuvor in diesem Land eine Notausbildung an einem Seminar eingerichtet, nachdem das bestehende Seminar der Kirche nicht mehr funktionierte. Das Problem wurde durch die anhaltende rasche Expansion der Kirche verschärft, so dass immer mehr neue Gemeinden ohne ausgebildete Pastoren blieben. Nach weiteren Gesprächen mit dem Missionsleiter der LCC, Pfarrer Mark Smith, und dem französischen Missionar der LCC, Pfarrer

Dr. David Somers, wurde Dr. Somers im Januar 2023 zum Professor des Seminars ernannt und diente als Rekrutierer für weitere Dozenten in der Zukunft.

Der Unterricht begann Ende 2022 unter der Leitung von Pfr. Clercius und seinem Mitarbeiter, Pfr. Dieudonne, und umfasste 45 Studenten (größtenteils in einem Schulraum in Haiti, einige auch online). Bis Juli 2023 wuchs die Zahl der Teilnehmer auf über 90 Studenten in acht Ländern. Bis Februar 2024 ist diese Zahl auf mehr als 130 Personen angestiegen und schließt sogar die Studenten einer afrikanischen Pfingstkirche ein, die das Programm für die Ausbildung ihrer eigenen Studenten gewählt hat.

Das Seminar verfügt nur über ein kleines Budget, und das Programm wird durch Geld- und Sachspenden einer Gemeinde der Lutherischen Kirche-Missouri-Synode, des

Institut liturgique luthérien francophone der LCC, der Lutheranischen Missionsgesellschaft von Haiti und der Lutheran Heritage Foundation unterstützt. Der Haupttagungs-

ort und andere Räume wurden ebenfalls kostenlos zur Verfügung gestellt.

Lutheran Church Canada: Starke Zusammenarbeit der Seminare Dokument über Zusammenarbeit veröffentlicht

Kanada, 7.5.2024 [Canadian Lutheran/selk]

Die beiden Seminare der Lutheranischen Kirche von Kanada (LCC) haben ein neues Dokument veröffentlicht, in dem die Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den beiden Einrichtungen hervorgehoben werden.

Im Jahr 2023 haben sich das Concordia Lutheran Seminary (CLS - Edmonton) und das Concordia Lutheran Theological Seminary (CLTS - St. Catharines, Ontario) verpflichtet, ihre Annäherung zu verstärken und dabei auf der langjährigen Zusammenarbeit zwischen den Seminaren aufzubauen. In dem neuen Dokument der Seminare werden 29 aktuelle Bereiche der Zusammenarbeit zwischen CLS und CLTS aufgeführt. Diese reichen von zweimal jährlich stattfindenden gemeinsamen Online-Fakultätssitzungen bis hin zu Klausurtagungen mit persönlicher Anwesenheit (die nächste ist für 2025 geplant), jährlichen gemeinsamen Sitzungen der Leitungsgremien, einem gemeinsamen Schuljahreskalender, gemeinsamen akademischen Ressourcen, gemeinsamen Veröffentlichungen und Werbematerialien, gemeinsamen Kursen zwischen den Seminaren und vielem mehr. Das Dokument enthält auch einen Anhang mit elf Kursen, die von 2019 bis 2024 gemeinsam von CLS und CLTS angeboten werden, so dass 27 Studierende beider Seminare online an Kursen teilnehmen können, die im jeweils anderen Seminar persönlich stattgefunden haben.

denden gemeinsamen Online-Fakultätssitzungen bis hin zu Klausurtagungen mit persönlicher Anwesenheit (die nächste ist für 2025 geplant), jährlichen gemeinsamen Sitzungen der Leitungsgremien, einem gemeinsamen Schuljahreskalender, gemeinsamen akademischen Ressourcen, gemeinsamen Veröffentlichungen und Werbematerialien, gemeinsamen Kursen zwischen den Seminaren und vielem mehr. Das Dokument enthält auch einen Anhang mit elf Kursen, die von 2019 bis 2024 gemeinsam von CLS und CLTS angeboten werden, so dass 27 Studierende beider Seminare online an Kursen teilnehmen können, die im jeweils anderen Seminar persönlich stattgefunden haben.

Lutherischer Weltbund im Gespräch mit römisch-katholischer Kirche DNK/LWB-Vorsitzende in Rom - Begegnung mit dem Papst

Rom, 17.4.2024 [DNK/LWB]

Mit einem Gespräch mit Papst Franziskus endete am 17. April die Begegnungsreise der Vorsitzenden des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes (DNK/LWB) in Rom. Die Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche), Kristina Kühnbaum-Schmidt, traf den Papst am Rande der Generalaudienz.

In einem kurzen Austausch dankte sie dem Heiligen Vater für seinen wichtigen und kontinuierlichen Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung. „Ich habe das auch deshalb angesprochen,“ so Kühnbaum-Schmidt, „weil ich die offizielle Aufnahme eines Festes der Schöpfung in den liturgischen Kalender aller christlichen Kirchen, wie es kürzlich bei einem ökumenischen Treffen in Assisi diskutiert wurde, für eine große Chance halte, die Theologie und Spiritualität der Schöpfung weiter zu vertiefen.“

Ebenso betonte die Vorsitzende in ihrem Austausch mit dem Papst die wichtige Aufgabe, die Christinnen und Christen weltweit in ihrem Engagement für den Frieden in der Welt und für die Unterstützung von Armen und Margi-

nalisierten gemeinsam haben und wahrnehmen müssen.

Weiter ging sie auf die Frage des gemeinsamen Abendmahls ein: „Ich habe die Sehnsucht der Gläubigen nach sichtbaren Zeichen der Einheit betont.“ Bei allen ihren Gesprächen in Rom war es der Landesbischöfin wichtig hervorzuheben, „dass wir im Bemühen um weitere Verständigung nicht nachlassen dürfen, um die schmerzhaft Trennung am Tisch des Herrn zu überwinden.“ Es gelte, die gemeinsamen Anstrengungen zu intensivieren und insbesondere beim gemeinsamen Verständnis der sichtbaren Einheit der Kirche voranzukommen.

„Im Mittelpunkt der Begegnungen im Vatikan stand der intensive Austausch mit Kurt Kardinal Koch“, so Kühnbaum-Schmidt. „Die Begegnung mit Papst Franziskus war auf dem Hintergrund dieses Gespräches eine besondere Ehre und Freude. Ich habe sie auch verstanden als ein Zeichen der Wertschätzung für die ökumenischen Gespräche und Dialoge zwischen römisch-katholischer und lutherischer Kirche. Die Aufmerksamkeit und freundliche Zugewandtheit des Papstes haben mich berührt und

bewegt. Und ich hoffe sehr, dass die ökumenischen Gespräche und Kontakte auf allen Ebenen zu einem immer besseren Verständnis füreinander und vertiefter Gemeinschaft in Christus führen.“

Vor der Begegnung mit Papst Franziskus fanden während der Reise bereits vertrauliche Gespräche mit Kurt Kardinal Koch, Präfekt des Dikasteriums zur Förderung der Einheit der Christen, sowie mit Msgr. Armando Matteo und Msgr. John Joseph Kennedy, Mitarbeitende im Dikasterium für die Glaubenslehre, statt. Dabei ging es u. a. um das im Jahr 2030 bevorstehende 500. Jubiläum der Confessio Augustana, das Verständnis von Synodalität und der lutherisch-katholischen Beziehungen auf internationaler Ebene.

Während der Reise vom 15. bis 17. April 2024 traf die Vorsitzende auch die Kirchenleitung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Italien (ELKI) sowie Studierende und Stipendiatinnen und Stipendiaten des DNK/LWB am Centro Melantone. Außerdem kam es zu einer Begegnung mit der Gemeinschaft Sant'Egidio.

Hintergrund: Die Begegnungsreise setzt eine Reihe ökumenischer Treffen fort und stärkt den engen Kontakt zwischen den deutschen lutherischen Landeskirchen und der römisch-katholischen Kirche. Teilnehmende waren: Die Vorsitzende des DNK/LWB, Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt, der Geschäftsführer des DNK/LWB, OKR Norbert Denecke, sowie der Referent für Theologische und Ökumenische Grundsatzfragen des DNK/LWB, OKR Dr. Oliver Schuegraf.

„Reicher werden an Hoffnung“ Ratstagung des Lutherischen Weltbundes 2024

Genf, 21.5.2024 [lutheranworld.org/selk]

Die jährliche Ratstagung des Lutherischen Weltbundes findet vom 13. bis 18. Juni 2024 in Genf, Schweiz, statt. Am 12. Juni wird das LWB-Exekutivkomitee tagen. Außerdem werden Tagungen für Jugendliche, Frauen und Männer stattfinden.

Der LWB-Rat tagt einmal im Jahr und ist für die Geschäfte des LWB zwischen den Vollversammlungen zuständig.

Er besteht aus:

- dem Präsidenten
- dem Vorsitzenden des Finanzausschusses
- 48 Laien oder ordinierte Personen aus LWB-Mitgliedskirchen in sieben Regionen.

Die Mitglieder dieses Rates wurden auf der Dreizehnten Vollversammlung im Jahr 2023 ernannt.

AUS DER EVANGELISCHEN WELT

Deutsches Chorfest kommt 2025 nach Nürnberg Musizieren unter dem Motto „Stimmen der Vielfalt“

Nürnberg, 12.4.2024 [epd/selk]

Nürnberg wird im Sommer 2025 zur singenden und klingenden Hauptstadt der Chöre. Vom 29. Mai bis 1. Juni 2025 lade der Deutsche Chorverband unter dem Motto „Stimmen der Vielfalt“ alle Chöre und Vokalensembles zum Deutschen Chorfest ein, sagte Verbandspräsident Christian Wulff am 12. April vor Journalisten in Nürnberg. Mit diesem „Fest der Begegnung“ setze die Stadt ein starkes Zeichen für Toleranz, Vielfalt und Demokratie, sagte Wulff. Das zeige auch das Motto, „weil unsere Gesellschaft vielfältiger denn je ist. Chöre schaffen es, dass Menschen aufeinander zugehen“.

Alle Chöre können an dem Fest teilnehmen, egal ob Kirchen-, Kinder- oder Männerchöre, Hochschulensembles oder queere Chöre. Die Anmeldung ist bis zum 11. Oktober 2024 möglich. Gesungen werde an den unterschiedlichsten Orten in Nürnberg, hieß es. So seien Tageskonzerte in Konzertsälen und Kirchen genauso geplant wie Mitsingaktionen und Auftritte in sozialen Einrichtungen. Alle Chöre können sich für einen Wettbewerb anmelden und in insgesamt 13 Kategorien gegeneinander antreten.

Die Gewinner-Chöre werden am 1. Juni auf der Open-Air-Bühne auf dem Nürnberger Hauptmarkt gekürt.

Etwa 400 Chöre aus dem In- und Ausland werden zum Chorfest erwartet. Mit dabei seien unter anderem der Windsbacher Knabenchor und der Chor des Bayerischen Rundfunks, kündigte Wulff an. Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder betonte die Harmonie, Kraft, Stärke und Gemeinschaft, die Chöre ausstrahlen. „Man kann sich dieser Faszination nicht entziehen.“

Das Deutsche Chorfest fand seit 2008 viermal in wechselnden Städten statt. Zuletzt waren 2022 in Leipzig 350 Chöre mit rund 9.500 Sängerinnen und Sängern dabei. Der Ursprung der Veranstaltung geht auf den Deutschen Sängerbund zurück, dessen Gründung auf dem Sängerkongress 1861 in Nürnberg beschlossen wurde und der hier 1912 sein 50-jähriges Bestehen feierte. Finanziell gefördert wird das Deutsche Chorfest unter anderem durch die Stadt Nürnberg und den Freistaat Bayern sowie durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Ostfriesischer Missionsverein löst sich auf Strackholter Verein bestand seit 1884

Strackholt, Kr. Aurich, 30.4.2024 [epd/selk]

Der Evangelisch-lutherische Missionsverein in Ostfriesland hat nach 140 Jahren Wirkungsgeschichte seine Auflösung beschlossen. Zuletzt habe der Verein nur noch aus acht Personen bestanden, teilte eine Sprecherin des Sprengels Ostfriesland-Ems am 30. April mit. Das Vermögen des Strackholter Vereins komme nun satzungsgemäß dem Evangelisch-lutherischen Missionswerk in Hermannsburg zugute.

Der damalige Strackholter Pastor Remmer Janssen gründete den Angaben zufolge den Missionsverein im Jahr 1884 mit dem Ziel, junge Männer aus Ostfriesland zu Missionaren auszubilden. Von 1889 bis 1914 seien insgesamt 91 sogenannte Zöglinge auf ihre Aufgabe vorbereitet worden. Ein „Inspektor“ genannter junger Theologe habe sie zunächst unterrichtet. Anschließend setzten sie ihre Aus-

bildung im Missionsseminar in Hermannsburg fort und wurden von dort aus weltweit eingesetzt. Andere gingen in die Vereinigten Staaten und leiteten dort lutherische Kirchengemeinden, die von Ostfriesen gegründet wurden.

Mit dem Ersten Weltkrieg wurde die Schule in Strackholt geschlossen und vermietet. Mit den Einnahmen unterstützte der Verein Projekte der Hermannsburger Mission und baute ein Wohnhaus für einen Volksmissionar und seine Familie. Als der letzte Volksmissionar der Hermannsburger Mission, Pastor Adolf Drögemüller, in den Ruhestand trat, sei das Haus verkauft und der Erlös angelegt worden. Seither lege der Missionsverein einmal im Jahr fest, welche kirchlichen und missionarischen Projekte die Zinsen erhalten sollten.

Posaumentag endet mit musikalischem Gottesdienst

Ein „Klangmeer des Glaubens“ hervorgerufen

Hamburg, 5.5.2024 [epd/selk]

Der Deutsche Evangelische Posaumentag (DEPT) 2024 in Hamburg ist am 5. Mai mit einem Gottesdienst zu Ende gegangen. Rund 17.000 Blechblasbegeisterte hatten sich auf der Wiese am Stadtparksee versammelt. Der Posaumentag habe Hamburg „eingetaucht in ein Klangmeer des Glaubens“, sagte Kirsten Fehrs, Bischöfin im Nordkirchen-Sprengel Hamburg und Lübeck sowie amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, in ihrer Predigt. Sie sei froh, dass es in diesen Zeiten eine solch große und vielfältige Gemeinschaft der Friedenssehnsüchtigen und Hoffnungsmutigen gebe.

„Ihr habt mit Eurer Musik Herzen bewegt, ja die aufgewühlten Seelen der Menschen erreicht“, betonte Fehrs. Dieser gute Ton der Freundschaft und des Zusammenhalts sei inmitten all der Friedlosigkeiten und Gewalttaten auch auf deutschen Straßen dringend nötig, sagte die Bischöfin angesichts der jüngsten Angriffe auf Politiker und Wahlhelferinnen. „So nötig sind sie jetzt, die Hoffnungstrompeten und Friedensposaunen von Hamburg bis nach Jericho!“

Fehrs dankte dem Organisatorenteam um Peter Schulze, Daniel Rau und Henrike Hartmann: „Unsere Posaunengenel.“ Und Gott sei überall „mittenmang“ gewesen, getreu dem Motto des DEPT 2024. Auch die Organisatoren zeigten sich zufrieden. „Hamburg kann Posaumentag“, sagte Pe-

ter Schulze. Von der Eröffnung auf der Moorweide in der Hamburger Innenstadt am 3. Mai sowie über rund 200 thematische Veranstaltungen, Konzerte und Aktionen, darunter die Serenade an den Landungsbrücken, „das wird für Hamburg unvergesslich bleiben“, sagte Schulze.

Seit 2008 treffen sich alle acht Jahre die Posaunenchoräle zum Deutschen Evangelischen Posaumentag, um gemeinsam zu spielen, Neues einzustudieren und die jungen Bläser für dieses besondere musikalische Genre zu begeistern. In Hamburg hat nach Leipzig und Dresden der Posaumentag zum dritten Mal stattgefunden. Der Ort für den nächsten Posaumentag in acht Jahren steht laut Schulze noch nicht fest.

Posaunenchoräle stellen bis heute eine tragende Säule der evangelischen Kirchenmusik dar. Die modernen Posaunenchoräle haben ihren Ursprung laut dem Evangelischen Posaunendienst in Deutschland im Pietismus und in der Erweckungsbewegung im 19. Jahrhundert. Erstmals erwähnt wurde ein Posaunenchor demnach 1731 in der Herrnhuter Brüdergemeinde in der Oberlausitz. In über 6.500 Ensembles musizieren in Deutschland mehr als 100.000 Menschen. Die Deutsche Kommission der Unesco nahm Posaunenchoräle 2016 in das Verzeichnis Immaterielles Kulturerbe auf.

„Wohltuend zeitnah und zeitlos“

Kirchen würdigen „Wort zum Sonntag“

Hannover/Bonn, 6.5.2024 [epd/selk]

Die beiden großen christlichen Kirchen haben die Lebensnähe des „Wortes zum Sonntag“ anlässlich des 70-jährigen Bestehens der Fernsehsendung betont. Das zweitälteste Format im deutschen Fernsehen sei von Anfang an „ökumenisch verantwortet und stets orientiert an den Menschen und ihren Lebenserfahrungen“ gewesen, erklärte der evangelische Medienbischof Dr. Volker Jung am 6. Mai. Es liefere keine fertigen Antworten, sondern biete christliche Deutungshorizonte für aktuelle Fragen an. „So bleibt es wohltuend zeitnah und zeitlos, sicher auch für die nächsten Jahrzehnte“, sagte Jung, der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau ist.

Das „Wort zum Sonntag“ war erstmals am 8. Mai 1954 ausgestrahlt worden. Mittlerweile sind über 3.600 Worte zum Sonntag gesprochen worden. Mehr als 300 Sprecherinnen und Sprecher haben die Sendung in der ARD gestaltet, Gastsprecher waren auch die Päpste Johannes Paul II. im April 1987 und Benedikt XVI. im September 2011. Im Schnitt sahen 2023 „Das Wort zum Sonntag“ 1,24 Millionen Menschen, was einem Marktanteil von 8,4 Prozent am Samstagabend entspricht.

Kardinal Dr. Reinhard Marx, Vorsitzender der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz und

Erzbischof von München und Freising, sagte, das „Wort zum Sonntag“ sei aus dem Fernsehen nicht wegzudenken und finde auch in einer Zeit des rasanten Wandels der Medien ein Millionenpublikum. „Es macht deutlich, dass die Rede von Gott auch für zentrale Fragen der Gegenwart wichtige Horizonte eröffnet. Und es gibt so aus einer christlichen Perspektive Halt und Hoffnung“, sagte Marx. Vielfach gehe es dabei um ein wertorientiertes Sinnangebot zu den großen Fragen der Zeit.

Björn Wilhelm, ARD-Koordinator Wissen, Bildung, Musik und Religion, hob hervor, dass es „Das Wort zum Sonntag“ geschafft habe, mit der Zeit zu gehen und seinen

Kern zu bewahren. Viele Menschen schätzten gerade die Überraschung, die jedes „Wort zum Sonntag“ in sich berge: „Texte, mit denen man nicht unbedingt rechnet, bringen einen wirklich ins Nachdenken“, sagte Wilhelm.

In Staatsverträgen und Gesetzen verankert stehen den Kirchen in öffentlich-rechtlichen Sendern feste Sendeplätze für Verkündigungsformen wie Gottesdienste, Andachten und geistliche Worte zur Verfügung. Hierzu zählt auch das „Wort zum Sonntag“, bei dem sich aktuell acht Sprecherinnen und Sprecher der katholischen und evangelischen Kirche regelmäßig abwechseln.

Ehemaliger braunschweigischer Bischof Müller gestorben Evangelische Kirchen trauern – Meister würdigt seine Bescheidenheit

Braunschweig/Hannover, 13.5.2024 [epd/selk]

Der ehemalige braunschweigische Landesbischof Gerhard Müller ist am Freitagabend, dem Tag seines 95. Geburtstages, in Erlangen gestorben. Nach längerer Krankheit sei er friedlich eingeschlafen, wie die Landeskirche am Sonntagabend unter Berufung auf seine Familie mitteilte. Müller hatte sein Amt nahezu zwölf Jahre lang inne, vom 1. Oktober 1982 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 31. Mai 1994. Ratsvorsitzender der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Thomas Adomeit, würdigte Müller als „profilierten Theologen“.

Müller war selbst von 1982 bis 1986 Ratsvorsitzender. Er habe in diesem Amt und in seiner Tätigkeit als Bischof sein umfangreiches theologisches Wissen eingebracht, lobte der Oldenburger Bischof Adomeit. Bis ins hohe Alter habe er sich an theologischen Diskussionen beteiligt und kritisch die Entwicklungen in der Kirche begleitet. „Wir danken Gott für den Dienst von Gerhard Müller und vertrauen ihn Gottes Gnade an.“

Der Leitende Geistliche der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), der hannoversche Landesbischof Ralf Meister, sagte: „Wir trauern um einen Menschen, der es glänzend verstand, kirchenleitendes Handeln und wissenschaftliches Engagement miteinander zu verbinden.“ Müller habe sich viele Verdienste und Sympathien erworben. „Unvergessen ist seine natürliche, bescheidene und freundliche Art, mit der er auch bei Meinungsverschiedenheiten vermitteln konnte.“

Müller war als renommierter Kirchengeschichtlicher und Lutherforscher bekannt. Er war unter anderem Herausgeber der Theologischen Realenzyklopädie, die als umfangreichstes theologisches Lexikon im deutschsprachigen Raum gilt. 1980 hatte ihm die schottische Universität St. Andrews die Ehrendoktorwürde verliehen.

Bis zu seinem Amtsantritt als Bischof war Müller 15 Jahre lang als Professor für Historische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg tätig. Sein Studium der Evangelischen Theologie hatte er in Marburg, Göttingen und Tübingen absolviert. Später wurde er zum Honorarprofessor an der Universität Göttingen ernannt. 1990 wurde er leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD). In zahlreichen Ehrenämtern war Müller unter anderem Präsident der Luther-Gesellschaft und Vorsitzender des Martin-Luther-Bundes.

Angesichts von zunehmenden Kirchengliedern plädierte der ehemalige Bischof nach Angaben der Landeskirche für eine vertiefte Hinwendung zur christlichen Verkündigung. Bereits 1983 habe er prognostiziert, dass sich die Mitgliederzahlen innerhalb von 50 Jahren halbieren würden. Er förderte Initiativen, die den Kontakt mit den Mitgliedern intensivierten, unter anderem das missionarische Projekt „Neu anfangen“.

Komponist und Musiker Klaus Heizmann wird 80 Jahre alt

Er prägte über Jahrzehnte die christliche Musiklandschaft mit

Wiesbaden, 15.5.2024 [IDEA/selk]

Der Komponist und Musiker Klaus Heizmann wird am 16. Mai 80 Jahre alt. Er zählt zu den Wegbereitern neuer geistlicher Musik in Deutschland und ist bis heute mit zahlreichen Projekten aktiv. Als erster Freikirchler studierte er an der evangelischen Landeskirchenmusikschule in Düsseldorf. Nach dem Studium – unter anderem in Fort Wayne (US-Bundesstaat Indiana) – wurde er 1966 der erste hauptamtliche Musiker beim Missionswerk „Jugend für Christus“. Ab 1968 bis in die 70er Jahre leitete er den Jugend-für-Christus-Chor.

Einem großen Publikum wurde er als Dirigent des Chors bei der Evangelisation mit Billy Graham „Euro 70“ in Essen bekannt. Im Hänssler-Verlag war er als Schallplattenproduzent und Musiklektor tätig. 1994 gründete er das „Haus der Musik“ in Wiesbaden, als dessen Geschäfts-

führer und künstlerischer Leiter er nach wie vor fungiert. Für sein Buch „So spreche ich richtig aus“ erhielt er den Deutschen Musikeditionspreis 2003.

Heizmann komponierte deutlich über 700 Lieder für Chöre sowie 400 Kinderlieder. Viele seiner Kindermusicals wurden ausgezeichnet. Darüber hinaus schrieb er sieben Oratorien, 18 Kantaten, 17 Musicals und produzierte über 350 Schallplatten und CDs. Zuletzt führte er seine neue Passionskantate „Golgatha“ am Karfreitag in der Evangelischen Paul-Gerhardt-Gemeinde Wiesbaden auf. Zudem übernimmt er noch zahlreiche Aufträge als Organist. Sein jüngstes Kindermusical „Zachäus und die Gier“ steht kurz vor der Veröffentlichung. Insgesamt brachte er weit über 125 Noten- und Musikfachbücher heraus.

Sondersynode soll über „KiHo“ Wuppertal entscheiden

Auch die Schließung zum nächstmöglichen Termin wird diskutiert

Düsseldorf/Wuppertal, 16.5.2024 [IDEA/selk]

Die Evangelische Kirche im Rheinland hat eine Sondersynode zur Zukunft der Kirchlichen Hochschule (KiHo) Wuppertal einberufen. Sie soll vom 6. bis 11. Juni digital stattfinden. Zur Diskussion stehe dabei neben einer Fortführung und Weiterentwicklung der KiHo auch ihre Schließung zum nächstmöglichen Termin, heißt es in einer Pressemitteilung der Landeskirche. Weitere Optionen seien, eine neue Form der Zusammenarbeit mit der Bergischen Universität Wuppertal zu entwickeln oder die KiHo in einen „Theologischen Bildungscampus“ umzuwandeln.

Hintergrund der Überlegungen ist die Frage der Finanzierung der Hochschule. Ihre Träger sind derzeit die rheinische Kirche und die Evangelische Kirche von Westfalen. Die rheinische Kirche trägt mit 2,77 Millionen Euro pro

Jahr den größten Teil der Kosten. Die westfälische Kirche ist mit 750.000 Euro beteiligt. Sie hatte Anfang Mai einen Prozess der Haushaltskonsolidierung eingeleitet und weitreichende Sparmaßnahmen angekündigt. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass sie sich aus der Trägerschaft zurückziehen werde, heißt es in einer Beschlussvorlage für die Sondersynode. Der Zuschuss der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zum KiHo-Betrieb beträgt gegenwärtig 720.000 Euro pro Jahr, soll aber bis 2030 auf 560.000 Euro abgesenkt werden. Die KiHo wurde 1935 als theologische Ausbildungsstätte der Bekennenden Kirche gegründet. Heute ist sie eine staatlich anerkannte Universität in kirchlicher Trägerschaft. Derzeit studieren an ihr rund 200 Studenten evangelische Theologie.

Bremische Kirche mit neuer Verfassung

Kirchenpräsidentin Bosse: Papier steht für Einheit in Vielfalt

Bremen, 16.5.2024 [epd/selk]

Nach einer mehr als zehnjährigen Debatte hat das Parlament der Bremischen Evangelischen Kirche am 15. Mai eine neue Verfassung für Deutschlands einzige Stadtkirche verabschiedet. Dafür war in zweiter Lesung eine Dreiviertelmehrheit der 128 anwesenden Delegierten notwendig. Das auch kontrovers diskutierte neue Papier soll die Grundlage schaffen für zukunftsorientierte Gemeinden, Werke und Einrichtungen sowie für eine zeitgemäße Verwaltung. Es tritt den Angaben zufolge am 1. Januar 2025 in Kraft.

112 Delegierte des bremischen Kirchenparlamentes, das „Kirchentag“ heißt, stimmten mit Ja, 15 waren dagegen. Außerdem gab es eine Enthaltung. Die Verfassung ist von zentraler Bedeutung für die Struktur und Arbeit der Kirche. Während der alte Text eine Präambel und 17 Paragraphen umfasste, besteht der nun verabschiedete Entwurf aus 62 Artikeln.

Die endgültige Verabschiedung sei der Schritt von einer knappen Vereinsatzung zu einer modernen Kirchenverfassung, hieß es. Sie nimmt Regelungen auf, die in der bislang gültigen Verfassung aus dem Jahr 1920 fehlen. So wurden bisher weder die Verwaltung oder gesamtkirchliche Arbeitsfelder noch ein Diskriminierungsverbot oder eine Mitbestimmung junger Leute erwähnt, was das neue Papier ändert.

Unter anderen bat die landeskirchliche Beauftragte für die Prävention von sexualisierter Gewalt, Pastorin Heike Wegener, das Parlament um Zustimmung. „Es ist ein Ja für die Prävention“, erklärte die Theologin. Diakonie-Vorständin Karin Altenfelder betonte, die neue Verfassung sei „eine gute Grundlage für einen Kulturwandel in der Kirche“.

Kritiker warnten, die neue Verfassung stehe für eine zentralistisch-hierarchische Kirche. Das sei der falsche Weg und das Ende der bisher zugesicherten Glaubens-, Gewissens- und Lehrfreiheit der Gemeinden. Befürworter wiesen diesen Vorwurf entschieden zurück. Kirchenpräsidentin Edda Bosse sagte, die neue Verfassung stehe „für Einheit in Vielfalt“.

Der verabschiedete Text regelt auch zeitgemäßere Formulierungen unter anderem für das leitende Personal. So soll die leitende Theologin oder der leitende Theologe zukünftig nicht mehr Schriftführerin oder Schriftführer heißen, sondern Kirchenpräsidentin oder Kirchenpräsident. Die Bremische Evangelische Kirche ist die einzige Stadtkirche Deutschlands, weil sich ihre Gemeinden ausschließlich auf städtischem Gebiet befinden. Ihr gehören 52 Gemeinden an mit rund 157.000 Kirchgliedern.

Debatte um Gottesdienste mit Achtsamkeit führen

Bischof Gohl: Leichtfertige Aufgabe wäre „ein Verhängnis“

Stuttgart/Berlin, 18.5.2024 [epd/selk]

Der württembergische Landesbischof Ernst-Wilhelm Gohl plädiert für eine „achtsame Debatte“ über den Sonntagsgottesdienst. In einem Beitrag für die in Berlin erscheinende Zeitschrift „Zeitzeichen“ schreibt der Bischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, bilderstürmerischer Eifer habe noch nie ein Problem gelöst. Hintergrund sind aktuelle Vorschläge, die bis zur Abschaffung des Sonntagmorgengottesdienstes reichen.

Etwa drei Prozent der evangelischen Kirchenmitglieder besuchten in der Regel den Gottesdienst am Sonntagmorgen, nur an besonderen Tagen wie bei Konfirmationen oder beim Erntedankfest seien es deutlich mehr. Dem ste-

hen laut Gohl die Ressourcen gegenüber, die die Kirchengemeinden für die regelmäßige Feier einsetzen, etwa Pfarrer, Kirchenmusiker, Mesnerinnen und Mesner sowie Energiekosten. Verwiesen werde in den Debatten vor allem auf das veränderte Freizeitverhalten und die Form des Gottesdienstes: Sie sei zu traditionell und entspreche nicht mehr dem Musikgeschmack und den Kulturbedürfnissen der Mehrheit.

Viele Kirchengemeinden hätten in den vergangenen 30 Jahren Zweitgottesdienste entwickelt, zu anderen Uhrzeiten am Sonntag oder Samstag, schreibt Gohl weiter. Sie integrierten alternative liturgische Elemente und einen

anderen Musikstil. Viele dieser Angebote seien aber mittlerweile selbst in die Jahre gekommen und keine echte Alternative mehr. Auch am Sonntagmorgen sei das Musikangebot breiter geworden, von der Lobpreisband bis zur Taizé-Gruppe.

Die Zunahme von Zielgruppengottesdiensten, warnt der Bischof, verstärke die Zentrifugalkräfte und bringe die

Gefahr, die christliche Gemeinschaft aufzulösen. In Zeiten kommunikativer Vereinzelung und grassierender Partikularinteressen in Gemeinden sei das „kein beruhigender Befund“. Den Sonntagsgottesdienst leichtfertig aufzugeben, „wäre ein Verhängnis, ihn nicht weiter reformieren zu wollen, ebenfalls“. Der leitende Geistliche erinnerte an „viele Menschen, die diese Gottesdienste mit viel Kompetenz und Engagement vorbereiten und gerne feiern“.

KURZ UND BÜNDIG

■ Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers hat zehn neue Pilgerbegleiterinnen und Pilgerbegleiter für ihren Dienst eingesegnet. Die ehrenamtlich Tätigen sind auf verschiedenen niedersächsischen Pilgerwegen unterwegs, sie unterstützen Pilgergruppen mit Wegkenntnissen und geistlichen Beiträgen. Ursprüngliches Ziel war es 2008, den Pilgerweg Loccum-Volkenroda als offiziellen Pilgerweg der Landeskirche zu etablieren. Inzwischen gibt es neun weitere Pilgerwege sowie zwei Radpilgerwege. Jeder Weg hat einen eigenen Charakter und lädt zu Begegnungen mit Landschaft und Menschen, Kirchen und Klöstern und Gott ein. Der Harzer Klosterwanderweg hat eine Etappe mehr: einen rund 22 Kilometer langen Abschnitt. Der nun siebte Abschnitt des Weges führt ausgehend von der Unesco-Welterbestadt Quedlinburg bis in das Zentrum von Halberstadt. Im dortigen gotischen Dom befindet sich der größte mittelalterliche Domschatz außerhalb des Vatikans. Ziel des Wanderwegs ist das mehr als 1.000 Jahre alte Burchardikloster, das von Zisterziensermönchen gegründet wurde. Dabei verläuft der Weg über die Spiegelsberge und den dortigen historischen Landschaftspark vor den Toren von Halberstadt. Der Harzer Klosterwanderweg ist insgesamt 116 Kilometer lang. Er wurde 2005 gegründet und beginnt in Goslar in Niedersachsen.

■ Die Ökumenische Arbeitsgemeinschaft für Bibellesen hat aus 25 Vorschlägen die Jahreslosung für 2027 gewählt: „Fürchte dich nicht, denn ich bin mit dir; hab keine Angst, denn ich bin dein Gott!“ (Jesaja 41,10). Die Arbeitsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss verschiedener evangelischer und katholischer Institutionen, die jährlich einen ökumenischen Bibelleseplan für den gesamten deutschsprachigen Raum erstellen. Sie hat Mitglieder in Deutschland, Österreich, der Schweiz, dem Elsass und Polen. Ihre Wurzeln reichen bis in die 1930er Jahre. Aus den Texten, die der ökumenische Bibelleseplan für das betroffene Jahr vorsieht, wählt die Arbeitsgemeinschaft ein Wort als Jahreslosung aus.

■ Das Portal „Jüdisches Niedersachsen online“ ist um eine Themenseite reicher: am 2. Mai ist die Seite „Jüdische Frauen“ online gegangen. Das Portal will die vielfältigen Facetten jüdischen Lebens in Niedersachsen auf Grundlage aktueller Forschung bündeln und einem größeren Publikum zugänglich machen. Initiiert wurde das im August 2023 gestartete Projekt vom Israel-Jacobson-Netzwerk. Dieses versteht es als seine Aufgabe, Themen, authentische Orte und Objekte jüdischer Kultur in Geschichte und Gegenwart als Teil der kulturellen Identität in der Region zwischen Harz und Heide und darüber hinaus dauerhaft sichtbar zu machen.

■ Die zweitägige Bremer Messe „Leben und Tod“ schloss in diesem Jahr mit einem Besucherrekord. Insgesamt sind 5.249 Privat- und Fachbesucher zur 15. Ausgabe der Messe gekommen. Diesmal sind 153 Firmen, Institutionen und Vereine mit ihren Dienstleistungen, Informationen und Produkten rund um Sterben, Tod und Trauer präsent gewesen. Unter dem Motto „Halt braucht Wurzeln“ ging es in begleitenden Vorträgen und Workshops schwerpunktmäßig um Resilienz und Selbstsorge in herausfordernden Situationen. Ab August bekommt die Ausstellung unter dem Dach der bundesweit agierenden Ahorn-Bestattungsgruppe einen neuen Träger.

■ Die seit 2015 bestehende Website und App „kirchenjahr-evangelisch.de“ von drei lutherischen Kirchen in Deutschland sind überarbeitet und haben ein neues Design. Sie haben jetzt einen „frischeren, bedienerfreundlicheren Look“ mit zusätzlichen neuen Funktionen, um mit dem digitalen Angebot auch neue Menschen zu erreichen, die „im Einklang des Kirchenjahres leben wollen“. Die Website bietet zu jedem Sonn- und Feiertag des evangelischen Kirchenjahres liturgische Texte, Lieder und Erläuterungen. Neu sind unter anderem direkte Verlinkungen der Predigttexte zu den Auslegungen der Deutschen Bibelgesellschaft und zu den Monatsliedern des Popinstituts der Nordkirche.

■ Die evangelische Militärseelsorge sucht neue Ansätze für ihre Arbeit. Es sei wichtig, dass Soldatinnen und Soldaten einen inneren Zugang zu der Ressource entwickelten, die Hilfe gebe und verheiße, sagte Militärbischof Bernhard Felmborg bei der Gesamtkonferenz der evangelischen Militärggeistlichen der Bundeswehr. Diese Ressource sei der Glaube an Jesus Christus. Viele Soldatinnen und Soldaten wachsen laut Felmborg ohne jede religiöse Sozialisation auf, ohne jeden Glauben. Militärseelsorge müsse auch für Ungetaufte und nicht Gläubige da sein. Gemäß Soldatengesetz hat jeder Soldat Anspruch auf Seelsorge und ungestörte Religionsausübung.

■ Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) zieht eine positive Bilanz ihrer Bildungsarbeit. Die mehr als 1.000 evangelischen Schulen in Deutschland fördern gegenwärtig 210.962 Schülerinnen und Schüler in allen Schularten. In den vergangenen Jahren ist vor allem die Zahl der Grundschulen in evangelischer Trägerschaft gewachsen. Der Trend im evangelischen Schulwesen geht dahin, bestehende Standorte auszubauen. Zugleich werden nach wie vor einzelne Schulen in evangelischer Trägerschaft neu gegründet.

■ In Lübeck soll eine Stiftung „7Türme+“ unter der Schirmherrschaft von Altbundespräsident Joachim Gauck gegründet werden, um die Altstadtkirchen der Hansestadt dauerhaft zu erhalten. Allein die Sanierung der Türme des Doms erfordert 23 Millionen Euro. Weitere 30 Millionen Euro kosten längst überfällige Baumaßnahmen in der Kirche St. Marien. Die fünf Altstadtkirchen Lübecks sind der Dom (erbaut 1173 bis 1247) und die Kirche St. Marien

(1265 bis 1351) mit jeweils zwei Türmen sowie die Kirchen St. Petri (1170 erstmals erwähnt, Bau im 15. Jahrhundert abgeschlossen). St. Aegidien (1172 erstmals erwähnt, Bau im 15. Jahrhundert abgeschlossen) und St. Jakobi (1227 erstmals erwähnt, Bau im 14. Jahrhundert abgeschlossen).

■ Die 1852 von Julius Köbner, einem der Gründerväter der Baptisten in Deutschland, mitbegründete und nach ihm benannte „Köbners Kirche“ in Wuppertal-Barmen, löst sich auf. Sie war die erste Baptistengemeinde im Gebiet des heutigen Nordrhein-Westfalens und gilt deshalb als „Mutterkirche der rheinischen Baptistengemeinden“. Köbner war auch Musiker und Liederdichter. In das denkmalgeschützte Kirchengebäude aus dem Jahr 1856 zieht eine französisch-sprachige afrikanische Gemeinde ein, die „Assemblées de Dieu“ (Versammlungen Gottes). Sie hat 38 Mitglieder, aber rund 80 Gottesdienstbesucher aller Generationen.

■ Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) wird in den nächsten Jahren 30 Prozent ihrer Gebäude aufgeben. Mittel- bis langfristig muss sie 50 Prozent ihrer Gebäudekosten einsparen. Aktuell gibt es 2.977 Gebäude im kirchlichen Eigentum, darunter 1.079 Kirchen, 507 Pfarrhäuser, 104 Kitas, 475 Gemeindehäuser sowie 812 sonstige Gebäude. Viele dieser Bauten stehen unter Denkmalschutz. In den vergangenen zehn Jahren hat die Landeskirche 145 Gebäude veräußert (65 Pfarrhäuser, 33 Gemeindehäuser, sechs Kindergarten-Gebäude, fünf Kirchen und 36 sonstige Gebäude). Die EKKW hat rund 710.000 Kirchglieder in 686 Kirchengemeinden.

NACHRICHTEN AUS DER ÖKUMENE

Kardinal Kasper: Kirche braucht mehr Leitung durch Laien „Eine zerstrittene und polarisierte Kirche stößt mehr ab, als dass sie einlädt“

Freiburg, 9.5.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Der langjährige Kurienkardinal Walter Kasper hat sich für eine stärkere Übertragung kirchlicher Leitungsaufgaben an nichtgeweihte Kirchglieder („Laien“) ausgesprochen. Zu den vordringlichsten Aufgaben der Bischöfe und Priester zähle eine „den Erfordernissen der Zeit entsprechende Verkündigung“ des Evangeliums, sagte er in einem Gespräch mit dem Wiener Theologen Jan-Heiner Tück auf dem Online-Portal „communio.de“ zum Fest Christi Himmelfahrt. „Viele andere Leitungsaufgaben sollten wir heute, wie schon in apostolischer Zeit Diakonen oder dazu befähigten Laien, Frauen und Männern, übertragen“, fügte Kasper hinzu. Dabei verwies er auf die biblische Apostelgeschichte, in der es auch um die Wahl von Diakonen in der frühchristlichen Gemeinde gehe.

„Eine zerstrittene und polarisierte Kirche stößt mehr ab, als dass sie einlädt“, betonte der frühere Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen weiter: „Allein das einmütige Zeugnis und die Praxis der Liebe, der Einsatz für die Armen und die am Rand Lebenden sowie gegen himmelschreiende Ungerechtigkeit, gegen Krieg und Gewalt können unsere Botschaft von Gottes Liebe und Barmherzigkeit neu glaubwürdig machen.“

„Kirchliche Weltuntergangsstimmung und Jammerseligkeit“

Kasper verwies auf einen Appell des von den Nazis hingerichteten Jesuiten Alfred Delp. Dieser habe der Kirche vor seinem Tod ins Stammbuch geschrieben: „Die Rückkehr in die Diakonie ist der Ausweg aus der Krise.“ In dem Gespräch beklagte Kasper auch eine „kirchliche Weltuntergangsstimmung und Jammerseligkeit“. Die gegenwärtige Kirchenkrise sei überaus komplex und habe vielfältige Ursachen: „Der Missbrauchsskandal ist einer, aber nicht der einzige Grund. Es reicht auch nicht aus, mit dem Finger auf die ‚böse Welt‘ und die Säkularisierung unserer westlichen Gesellschaften zu zeigen.“ Christen sollten sich selbstkritisch den Spiegel vorhalten und fragen, „ob die Krise nicht vor allem Zeichen unserer Christusvergessenheit ist“.

Der 91-jährige Kasper war von 1989 bis 1999 Bischof von Rottenburg-Stuttgart. Dann wurde er in den Vatikan berufen, wo er zuletzt bis 2010 Präsident des päpstlichen Ökumene-Rats war. Der Geistliche, der seit 2001 Kardinal ist, lehrte zuvor lange Theologie in Münster und Tübingen und verfasste mehrere theologische Grundlagenwerke.

„Eine Synode ist kein Parlament“ Bischof Ipol: Manchmal geht Gremien der Geist verloren

Görlitz, 24.4.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Kirchlichen Gremien in Deutschland ist nach Worten des Görlitzer Bischofs Wolfgang Ipol manchmal der Heilige Geist verloren gegangen. „Da läuft manchmal ein ‚kirchlicher Betrieb‘ – wie es eben immer war – äußerlich intakt, aber ohne innere geistliche Kraft“, sagte der katholische Bischof in einem Grußwort vor der Synode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz in Görlitz. Das evangelische Kirchenparlament tagte in Görlitz, um an den 20. Jahrestag der Fusion der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg mit der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz zu erinnern.

Ipol berichtete vom Prinzip der Synodalität in der katholischen Kirche. Papst Franziskus habe in der ersten Tagung

der Weltsynode im Oktober 2023 erklärt, dass eine Synode kein Parlament sei und auch „keine Versammlung von Freunden, um einige aktuelle Dinge zu klären, Meinungen zu äußern“. Protagonist der Synode sei vielmehr der Heilige Geist. Wenn er in der Mitte einer Synode sei, werde es eine gute Synode werden.

Ipol begrüßte die aktuelle Tagung in seiner Bischofsstadt. Er kündigte an, die Protestanten mit seinen Gebeten zu begleiten. „Mehr denn je sind heute überzeugte und überzeugende Christen nötig – das gilt für alle Kirchen und Gemeinschaften, die den Osterglauben teilen.“

Bischof Ipol gehört trotz seiner skeptischen Worte zur „Sy-

nodalität“ nicht zu den vier deutschen Bischöfen, die ihre Teilnahme am sog. Synodalen Ausschuss verweigern. Dieser Ausschuss soll bis 2026 die Einrichtung eines Synodalen Rates vorbereiten, in dem Bischöfe und Laien gemeinsam über wichtige innerkirchliche Fragen in Deutschland beraten und beschließen wollen. Gleichwohl ist Ipolt eine der verbliebenen konservativ-kritischen Stimmen innerhalb der Deutschen Bischofskonferenz. So lehnte Ipolt im

März 2021 die kirchliche Segnung gleichgeschlechtlicher Paare ab und gehört zu den 15 % der deutschen Bischöfe, die eine Frauenordination grundsätzlich ablehnen. Auf dem Synodalen Weg in Deutschland stimmte er 2022 und 2023 sowohl gegen eine Überprüfung des Ausschlusses der Frauen vom Priesteramt durch den Vatikan als auch gegen den Zugang der Frauen zum Diakonat.

Vier Bischöfe verweigern Teilnahme am „Synodalen Ausschuss“ „Nicht mit der sakramentalen Verfassung der Kirche vereinbar“

Bonn, 25.4.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Innerhalb des Reformdialogs der katholischen Kirche in Deutschland wollen die Bischöfe von Eichstätt, Köln, Passau und Regensburg auch weiterhin nicht am Synodalen Ausschuss teilnehmen. Dieses Gremium soll unter anderem bis 2026 die Einrichtung eines Synodalen Rates vorbereiten, in dem Bischöfe und Laien gemeinsam über wichtige innerkirchliche Fragen in Deutschland beraten und beschließen wollen. Dies hatte der Vatikan mehrfach abgelehnt. Dagegen hatte der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), dem die Ortsbischöfe aller 27 Bistümer angehören, die Satzung auf seiner Sitzung in Würzburg angenommen.

„In römischen Einsprüchen zum Synodalen Weg in Deutschland war bislang immer wieder deutlich geworden, dass ein ‚Synodaler Rat‘, wie er im Beschluss des Synodalen Weges vorgesehen und formuliert worden war, nicht mit der sakramentalen Verfassung der Kirche vereinbar sei“, heißt es in einer Erklärung der Bischöfe Gregor Maria Hanke (Eichstätt), Stefan Oster (Passau), Rudolf Vorderholzer (Regensburg) und Kardinal Rainer Maria Woelki (Köln). Am Synodalen Ausschuss, dessen Ziel die Einrichtung eines Synodalen Rates sei, wolle man daher auch weiterhin nicht teilnehmen.

Bischöfe: DBK nicht Träger des Ausschusses

„Die vier genannten Bischöfe teilen auch nicht die Rechtsauffassung, dass die Deutsche Bischofskonferenz Träger des Synodalen Ausschusses sei, wenn vier Mitglieder der Konferenz das Gremium nicht mittragen“, heißt es. Die vier Bischöfe würden zunächst das Ende der Weltbischofssynode und deren Ergebnis abwarten, um danach zu entscheiden, „wie es im Einklang mit der Weltkirche zu Umsetzungsschritten hin zu einer synodaleren Kirche kommen kann“. Betont wird, dass die vier Bischöfe den Weg zu einer synodaleren Kirche weiter im Einklang mit der Weltkirche gehen wollten.

Die Satzung für den Synodalen Ausschuss hatte das ebenfalls beteiligte Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) bereits im November angenommen. Ursprünglich hatte die Annahme durch die Bischöfe schon auf deren Frühjahrsvollversammlung im Februar erfolgen sollen. Wegen eines neuerlichen Briefs aus dem Vatikan wurde der Punkt von der Tagesordnung genommen. Bei einem Treffen von Vertretern der Bischofskonferenz und hochrangigen Vatikanvertretern im März konnte jedoch ein vorzeitiges Aus des deutschen Reformdialogs verhindert werden. Der Synodale Ausschuss kommt am 14. und 15. Juni in Mainz zu seiner zweiten Sitzung zusammen.

Syro-malabarischer Kirche droht Zerreißprobe Gegner von Liturgiereform bringen Kirchenspaltung ins Spiel

Chungamvely, 24.4.2024 [katholisch.de/selk]

Im Streit um die Form der Liturgie bringen Gegner der Liturgiereform eine Spaltung der syro-malabarischen Kirche ins Spiel. Bei einem durch den Apostolischen Administrator Bosco Puthur einberufenen Konvent von gut 300 Priestern des Großerbistums Ernakulam-Angamaly

konnte indischen Medienberichten zufolge der Streit um die Zelebrationsrichtung nicht entschärft werden. „Wenn die Synode nicht bereit ist, unserer Messe den Status einer Liturgievariante zu geben oder uns zu erlauben, sie weiterzuführen, scheint uns der bessere Weg zu sein, als ei-

genständige Kirche mit dem Vatikan verbunden zu sein“, sagte ein Sprecher der Gegner gegenüber UCANews. Damit wäre die Kirchentrennung nicht mit einem Schisma verbunden, stattdessen würde das Erzbistum zu einer mit Rom verbundenen Kirche eigenen Rechts erhoben.

Die Forderung nach einer Abtrennung des Erzbistums wurde erhoben, nachdem Puthur deutlich machte, dass die Synode nicht von der von ihr beschlossenen einheitlichen Form der Liturgie abrücken würde. Bei der Versammlung angedrohte disziplinarische Schritte gegen Priester, die sich weigern, die einheitliche Form zu feiern, konnten die Gegner nicht von ihrem Protest abbringen. Die einheitliche Form sieht vor, dass der Priester sich zur Wandlung ad orientem ausrichtet, also mit dem Rücken zum Volk. Die Gegner der Liturgiereform wollen eine durchgehende Feier versus populum, also dem Volk zugewandt. Laut den protestierenden Priestern würde eine Veränderung der seit 50 Jahre etablierten Liturgie in ihren Gemeinden nicht akzeptiert.

Thomaschristen schon jetzt in viele Gemeinschaften aufgeteilt

Der Liturgiestreit spaltet die syro-malabarische Kirche seit Jahrzehnten und ist seit dem Synodenbeschluss 2021 noch weiter eskaliert. Im Dezember hatte Papst Franziskus den Rücktritt von Großerbischof George Alencherry und des Apostolischen Administrators des Großerbistums Ernakulam-Angamaly angenommen. Zugleich veröffentlichte er eine Videobotschaft an die Gläubigen und forderte sie dringend auf, nicht die Gemeinschaft mit der Kirche zu verlassen und die einheitliche Liturgie anzunehmen. Im Januar wählte die Synode der syro-malabarischen Kirche Raphael Thattil zum neuen Großerbischof. Die Wahl war mit der Hoffnung auf eine Befriedung des Konflikts verbunden. Auf einen Appell der Synode zur Einheit reagierten die Gegner der einheitlichen Liturgie aber ablehnend. Das Großerbistum wird weiterhin von einem Apostolischen Administrator geleitet.

Papst zu Liturgiestreit in Kerala: „Wo Ungehorsam ist, ist Schisma“ Bewahrung der Einheit sei „eine Pflicht“

Vatikanstadt, 13.5.2024 [KAP/selk]

Papst Franziskus hat sich erneut mit deutlichen Worten zum Liturgie-Streit in der mit Rom verbundenen Syro-Malabarischen Kirche zu Wort gemeldet. Einheit zu bewahren sei „eine Pflicht“, betonte er laut Portal „Vatican News“ bei einer Begegnung mit Vertretern der römisch-katholischen Teilkirche um Großerbischof Raphael Thattil und warnte: „Wo Ungehorsam ist, ist Schisma.“

Franziskus ging damit auf die jüngste Eskalation in dem anhaltenden Streit im Zusammenhang mit einer Liturgiereform in der Syro-Malabarischen Kirche ein. Rund 300 Priester aus der Erzdiözese Ernakulam-Angamaly im südindischen Bundesstaat Kerala hatten dort zuletzt den Apostolischen Administrator der Erzdiözese, Bischof Bosco Puthur, aufgefordert, dem Vatikan mitzuteilen, dass sie sich von der syro-malabarischen Kirche trennen möchten und Rom ihre Erzdiözese als unabhängige Kirche anerkennen soll.

In der indischen Ostkirche gibt es seit Jahrzehnten einen teils gewaltvollen Streit über einige Punkte der Gestaltung der „Heiligen Qurbana“, also des Gottesdienstes im syro-malabarischen katholischen Ritus. Vor allem geht es um die Frage, ob der Priester die Eucharistie mit dem Gesicht zur Gemeinde zelebrieren soll oder dem Altar zugewandt.

Mitte 2021 beschloss die Synode der Kirche einen Kompromiss, wonach der Priester bis zum Hochgebet mit dem Gesicht zur Gemeinde am Altar steht, sich dann umdreht und sich erst zum Ende des Gottesdienstes wieder der Gemeinde zuwendet. In Kerala lehnen zahlreiche Priester und Laien, die auch Leitungsmitglieder der Erzdiözese Ernakulam-Angamaly angehören, den Kompromiss ab.

Dass die abtrünnige Gruppe, die auch Leitungsmitglieder des Erzbistums angehören, bei dem Streit nicht einlenke, sei „zum Nachteil des Gemeinwohls der Kirche“ und „selbstbezogen“, so Franziskus. „Genau hier schleicht sich der Teufel, der Spalter ein“, warnte er. Es zeuge außerdem von mangelndem Respekt gegenüber der Eucharistie – jenes Sakramentes, das doch gerade für die Einheit mit Gott und innerhalb der christlichen Gemeinschaft stehe.

Bewahrung der Einheit „eine Pflicht“

Die Bewahrung der Einheit sei „keine fromme Ermahnung, sondern eine Pflicht“, erinnerte Franziskus – „vor allem, wenn es sich um Priester handelt, die Gehorsam versprochen haben und von denen das gläubige Volk das Beispiel der Nächstenliebe und Sanftmut erwartet“. Ungehorsam sei der Kirche nicht zuträglich: „Wo Gehorsam

ist, da ist Ecclesia; wo Ungehorsam ist, da ist Schisma“, schärfte der Papst nach Angaben des vatikanischen Nachrichtenportals ein.

Die syro-malabarische Kirche im Südwesten Indiens ist die größte der heutigen Kirchen und Gemeinschaften der Thomaschristen, die im 1. Jahrhundert durch den Apostel Thomas auf seinen Missionsreisen gegründet worden sein soll. Durch Verbindungen zur Assyrischen Kirche des

Ostens feiert sie ihre Liturgie im ostsyrischen Ritus. Im Zuge der portugiesischen Kolonialisierung wurden die Thomaschristen zur Übernahme westlicher Formen und Hierarchien gezwungen und zerbrachen in mehrere Kirchen. Bereits jetzt gibt es zwei katholische Kirchen der Thomaschristen: Neben den Syro-Malabaren besteht die kleinere syro-malankarische Kirche, die ihre Liturgie im westsyrischen Ritus feiert.

Afrikanische Bischöfe beraten über Positionierung zu Polygamie SECAM setzt Auftrag der Weltsynode um

Nairobi, 3.5.2024 [katholisch.de/selk]

Die afrikanischen römisch-katholischen Bischöfe bereiten eine gemeinsame Positionierung zur Frage der Polygamie vor. Der Generalsekretär der Vereinigung der Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar (SECAM), Rafael Simbine Junior, sagte gegenüber „SICA News“, dass eine Kommission dazu bereits die Arbeit aufgenommen habe. Das Gremium soll den theologischen und pastoralen Umgang mit Polygamie in den Kirchen Afrikas beraten. Die Ergebnisse der Kommission sollen bei der Vollversammlung der SECAM im Juli beraten werden. „Wenn die Bischöfe dort mit den Ergebnissen einverstanden sind, werden wir die Ergebnisse an das vatikanische Dikasterium für die Glaubenslehre senden. Dann werden wir ein neues Gespräch zwischen dem Dikasterium und unserem Team beginnen, um zu einer gewissenhaften und endgültigen Entscheidung in dieser Angelegenheit zu gelangen“, so Simbine.

Das Thema Polygamie wurde von den afrikanischen Bischofskonferenzen bereits bei der Vorbereitung der Weltsynode eingebracht. Im Synthese-Bericht nach der ersten Sitzung der Synode im vergangenen Oktober wurde die SECAM ermutigt, „eine theologische und pastorale Unterscheidung zum Thema Polygamie und die Begleitung von Menschen in polygamen Partnerschaften, die zum Glauben kommen, zu fördern.“ Weitere von den afrikanischen Bischofskonferenzen in die Synode eingebrachte Themen waren der Umgang mit Scheidung und Wiederheirat, Homosexualität und die Einbindung von Frauen und Jugendlichen ins Leben der Kirche. Daneben prangerten sie grassierende Armut und Konflikte in der Region an.

Afrikanische Delegierte bereiten sich auf Weltsynode vor

Simbine äußerte sich am Rande eines viertägigen Treffens der afrikanischen Delegierten zur Weltsynode, bei dem

die im Oktober anstehende zweite Sitzung der Synode vorbereitet wurde. Nach dem Seminar erneuerte der Vorsitzende der SECAM, Kardinal Fridolin Ambongo Besungu, seine Einschätzung der Lage nach den Konflikten um die Segenserklärung „Fiducia supplicans“. Die Erklärung habe auf dem ganzen afrikanischen Kontinent Misstrauen gegenüber dem Prozess der Synodalität ausgelöst. Der Erzbischof von Kinshasa betonte aber, dass das Thema für ihn abgeschlossen sei: Es sei klar, dass die Segnung homosexueller Partnerschaften nicht zu Afrika passe, und das habe der Papst auch akzeptiert. In ganz Afrika habe sich durch die Erklärung ein Gefühl der Lethargie breitgemacht mit Blick auf Synodalität. Das sei nach Ambongo Besungus Aussprache mit dem Papst aber ausgeräumt. „Die Kirche in Afrika ist sich in ihrer Gemeinschaft völlig einig, es gibt keine Spaltungen, und ich denke, dass auf der ganzen Welt Menschen mit uns übereinstimmen“, sagte der Kardinal. „Das ist der Grund, warum wir nicht mehr über ‚Fiducia Supplicans‘ sprechen werden; das Thema ist begraben.“

Das am 18. Dezember veröffentlichte Papier „Fiducia supplicans“ hatte den Segen etwa von homosexuellen Paaren oder wiederverheiratet Geschiedenen ermöglicht. Das Dokument hatte in vielen Teilen der Weltkirche, besonders in Afrika, große Kritik hervorgerufen. In einer Erklärung vom 11. Januar teilte Kardinal Ambongo Besungu als Präsident des afrikanischen Bischofsrats, mit, dass die Bischöfe des Kontinents die Segnungen mehrheitlich ablehnen, zugleich aber die Einheit mit Papst Franziskus wahren wollen. Weiter hieß es im Statement des Kardinals, die Erklärung aus Rom habe in der Kirche Afrikas eine „Schockwelle“ und Missverständnisse ausgelöst sowie Unruhe bei Gläubigen und Seelsorgern verursacht.

Klarissenkonvent schließt sich schismatischem Bischof an Erzbistum warnt Gläubige vor Teilnahme an Gottesdiensten in Kloster

Belorado, 14.5.2024 [katholisch.de/selk]

In Spanien hat sich ein Klarissenkonvent einem schismatischen Bischof angeschlossen. Die Oberin der 16 Klarissen in Belorado veröffentlichte ein 70-seitiges Manifest, in dem sie die Gründe für den Bruch mit der römisch-katholischen Kirche darlegt, berichteten spanische Medien. Sie würden die „Konzilskirche“ verlassen, weil ihrer Ansicht nach alle Päpste nach Pius XII. „häretische Usurpatoren“ seien, heißt es in dem Dokument. Ab sofort würde das Kloster Santa Clara in Belorado unter dem Schutz und der Jurisdiktion des Bischofs Pablo de Rojas Sánchez-Franco stehen. Die Ordensfrauen bezeichnen Rojas als „legitimen Bischof der heiligen katholischen Kirche“, dabei wurde er 2019 vom damaligen Bischof von Bilbao, Mario Içeta, exkommuniziert. Içeta ist heute Erzbischof von Burgos, auf dessen Gebiet auch das Kloster der Klarissen liegt.

Der Spanier Rojas ist ein bekannter Sedisvakantist, der seit seiner Schulzeit Kontakte zu den Piusbrüdern unterhält. Er vertritt die Meinung, dass alle Päpste seit Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65) unrechtmäßig an der Spitze der Kirche standen und daher der Petrusstuhl unbesetzt sei. Nach Kontakten zur schismatischen palmarianischen-katholischen Kirche in Spanien gründete Rojas 2005 eine Priestervereinigung, die sich an den Statuten des Opus-Dei-Gründers José María Escrivá de Balaguer orientiert, die vor der offiziellen Anerkennung der Regeln durch Papst Johannes Paul II. 1982

galten. Der schismatische Bischof erkennt außerhalb seiner Gemeinschaft gespendete Sakramente nicht an. 2006 empfing er in Köln eine nicht gültige Bischofsweihe, einige Jahre später erfolgte eine weitere Ordination durch einen Bischof in der Linie des vietnamesischen Schismatikers Ngô Đình Thuc. 1976 hatte die römische Glaubenskongregation erklärt, dass sie die von Ngô gespendeten Weihen nicht anerkennt.

Dem Bruch der Klarissen mit der römisch-katholischen Kirche sind jahrelange finanzielle und Immobilien-Streitigkeiten vorausgegangen. Der Konvent unterzeichnete 2020 einen Kaufvertrag für ein leerstehendes Kloster in der Nähe in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Mit den Ordensfrauen, denen das Kloster gehört, und dem Erzbistum Burgos wurden regelmäßige Ratenzahlungen durch die Klarissen vereinbart. Der Konvent leistete die Zahlungen jedoch nicht, weshalb er auf Schadenersatz verklagt wurde. In ihrem Manifest klagte die Oberin der Klarissen über ungerechtes Verhalten ihrem Kloster gegenüber. Im Erzbistum Burgos würden „Widersprüche, Doppelzüngigkeit und Verwirrung“ vorherrschen. Die Erzdiözese rief die Gläubigen dazu auf, keine Gottesdienste im Klarissenkonvent zu besuchen oder dort Sakramente zu empfangen. Die Klarissen machten in Spanien vor einigen Jahren durch ihre Produktion von Mojito-Bonbons von sich reden. Ihr Konvent liegt in Zentralspanien am Jakobsweg.

Papst Franziskus fordert weitere Zusammenarbeit mit Anglikanern Treffen mit Pontifex bei Versammlung in Rom

Vatikanstadt, 2.5.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Papst Franziskus will die Zusammenarbeit mit der anglikanischen Kirche weiter vertiefen. „Der Herr ruft jeden von uns auf, ein Baumeister der Einheit zu sein, und auch wenn wir noch nicht eins sind, darf uns unsere unvollkommene Gemeinschaft nicht daran hindern, gemeinsam zu gehen“, sagte er im Vatikan vor leitenden Geistlichen der anglikanischen Weltgemeinschaft. Diese haben in den vergangenen Tagen erstmals ihre zentrale Zusammenkunft in Rom abgehalten.

Weiter betonte der Papst: „Es wäre ein Skandal, wenn wir aufgrund von Spaltungen unsere gemeinsame Berufung nicht realisieren würden, Christus bekannt zu machen.“ Franziskus rief dazu auf, keine Angst vor Diskussionen zu

haben. Die römisch-katholische und die anglikanische Kirche müssten versuchen, einander zu verstehen und auf den Heiligen Geist zu hören. „Gewiss, die göttliche Perspektive wird niemals die der Spaltung sein, niemals die der Trennung, der Unterbrechung des Dialogs, niemals“, sagte der Papst.

Primas-Treffen in Rom

Die Leiter der 38 Kirchenprovinzen der anglikanischen Weltgemeinschaft veranstalten etwa alle zwei Jahre ihre zentrale Zusammenkunft. Auf dem Programm standen diesmal gemeinsames Gebet, Bibel-Studium und Gespräche sowie der Besuch heiliger Stätten wie der Petersdom,

die Basilika Sankt Paul vor den Mauern, die Kirche Santa Maria in Trastevere und die römisch-katholische Laien-Organisation Sant'Egidio, die sich insbesondere für Frieden und benachteiligte Menschen engagiert.

Ende Januar hatte es ein anglikanisch-katholisches Treffen in Rom und Canterbury gegeben, bei dem rund 50 Bischöfe aus 27 Ländern Gespräche geführt sowie heilige Stätten

besucht hatten, die für beide Traditionen von Bedeutung sind. Dabei setzten Papst Franziskus und der anglikanische Erzbischof von Canterbury Justin Welby ein starkes ökumenisches Signal: Am Grab des Apostels Paulus in Sankt Paul vor den Mauern beauftragten sie römisch-katholische und anglikanische Bischöfe paarweise, Zeugen der Einheit zu sein. Die anglikanische Weltgemeinschaft umfasst zwischen 77 und 85 Millionen Mitglieder.

Bischof Bätzing zu Ukraine-Krieg: Müssen wieder friedensfähig werden Logik von Gewalt und Gegengewalt „bedrückt mich zunehmend“

Limburg, 30.4.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Mit Blick auf Russlands Krieg gegen die Ukraine ruft der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Georg Bätzing, in einem Friedensappell dazu auf, neue Ideen zu finden. „Es bedrückt mich zunehmend, wie wir uns in der offenkundigen Enttäuschung über die Wirkung politischer Maßnahmen von Verständigung, Einbindung und globaler Vernetzung auf die Stabilisierung im globalen Kräftespiel eingelassen haben, auf militärische Muskelspiele in der Logik von Gewalt und Gegengewalt“, sagte der Limburger Bischof, wie das Bistum mitteilte.

Er stellte klar, dass ein Land und ein Volk, dessen Souveränität durch einen Aggressor fundamental infrage gestellt und angegriffen werde, das Recht zur Selbstverteidigung habe. „Wie wir uns aber in kurzer Zeit auf die neuen Verhältnisse eingestellt haben und über Waffenlieferungen, den Ausbau der Rüstungsindustrie und eine neue Kriegstüchtigkeit unseres Landes sprechen, das erschreckt mich“, sagte er. Es müsse alles getan werden, um wieder friedensfähig zu werden. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hatte einen Mentalitätswechsel in der deutschen Gesellschaft hin zu einer wehrhafteren Nation gefordert und betont: „Wir müssen kriegstüchtig werden.“

Bätzing lehnt aber Papstvorschlage ab

Bischof Bätzing sagte weiter: „Verhandlungen, wie sie der Papst – sieht man einmal vom unpassenden Bild hierfür ab – anregen wollte, haben zum jetzigen Zeitpunkt offensichtlich keine Chance.“ Bätzing bezog sich dabei offenbar darauf, dass Papst Franziskus vor einigen Wochen in einem Interview der Ukraine „Mut zur weißen Fahne“ und zu Verhandlungen unter internationaler Vermittlung nahegelegt hatte. Diese Äußerungen wurden von vielen als Aufforderung zur Kapitulation interpretiert und stießen vor allem in der Ukraine und in Osteuropa auf Empörung.

Bätzing sagte weiter, es gelte jedoch, zwischen scheinbar alternativen Gegensätzen ein Drittes zu suchen, einen Gedanken, eine Initiative, eine Idee. Nur so werde sich etwas am Lauf der Dinge ändern und der ewige Kreislauf, der immer nur Leben verschlinge statt ihm großzügig mben, so Bätzing. Anlass seiner Äußerungen in einer Predigt war der Gedenktag des heiligen Georgs im Limburger Dom.

Erstmals Ex-Anglikaner zum Bischof eines Personalordinariats berufen Personalordinariate auch für Lutheraner denkbar?

Vatikanstadt/London, 29.4.2024 [katholisch.de/selk]

Das britische Personalordinariat bekommt erstmals einen Bischof, der zuvor anglikanischer Priester war. Papst Franziskus ernannte den bisherigen Generalvikar des Ordinariats, David Waller, zum bischöflichen Ordinarius des Personalordinariats Unserer Lieben Frau von Walsingham. Zugleich nahm er den Rücktritt des bisherigen Ordinari-

us Keith Newton an. Der 72-jährige Newton stand dem Ordinariat seit seiner Gründung im Jahr 2011 vor. 2009 ermöglichte Papst Benedikt XVI. mit der Apostolischen Konstitution „Anglicanorum coetibus“ die Einrichtung von Personalordinariaten für zur römisch-katholischen Kirche übergetretene Anglikaner. Nach dem britischen wurden

2012 ein nordamerikanisches und ein australisches Personalordinariat errichtet.

Der 62-jährige Waller wurde 1992 in der anglikanischen Kirche zum Priester geweiht. Nach Veröffentlichung von „Anglicanorum coetibus“ entschloss er sich, zur römisch-katholischen Kirche zu konvertieren. 2011 wurde er in die volle Gemeinschaft der Kirche aufgenommen und nach den Bestimmungen der Konstitution zum Priester geweiht, da die römisch-katholische Kirche die anglikanischen Weihen nicht als gültig anerkennt. Waller ist Pfarrer in London und seit 2020 zusätzlich Generalvikar des Personalordinariats. In einer ersten von der Bischofskonferenz von England und Wales veröffentlichten Reaktion zeigte sich Waller dankbar für die Berufung. Er freue sich darauf, seiner Gemeinschaft nun als Bischof zu dienen: „Die vergangenen 13 Jahre waren eine Zeit der Gnade und des Segens, in der die kleinen und verwundbaren Gemeinschaften an Selbstvertrauen gewonnen haben und sich darüber freuen, ein vollwertiger und doch eigenständiger Teil der katholischen Kirche zu sein.“

Drei Ordinariate unter Führung eines Bischofs

Walleres Vorgänger Newton leitete das Personalordinariat ohne Bischofsweihe. Der ehemalige anglikanische Bischof von Richborough ist verheiratet und konnte daher gemäß den Bestimmungen von „Anglicanorum coetibus“ nur die römisch-katholische Priesterweihe, nicht aber die Bischofsweihe empfangen. Mit Waller werden nun alle drei Ordinariate durch einen Bischof geleitet. Der Bischof des amerikanischen Ordinariats, Stephen Lopes, war nie Anglikaner, ebenso wenig wie der Apostolische Administrator des australischen Ordinariats, Anthony Randazzo. Waller ist damit der erste Ex-Anglikaner überhaupt, der

einem Personalordinariat als Bischof vorsteht.

Die Personalordinariate ermöglichen es den zu ihnen gehörenden Gläubigen, anglikanische Traditionen bei gleichzeitiger voller Gemeinschaft mit dem Papst beizubehalten. In den vergangenen Jahren sind bereits mehrere anglikanische Bischöfe in die römisch-katholische Kirche übergetreten. Mit Peter Forster, Michael Nazir-Ali, Jonathan Goodall und John Goddard wurden allein 2021 vier ehemalige Diözesanbischöfe der Church of England in die römisch-katholische Kirche aufgenommen, 2023 trat mit Richard Pain der erste walisische Bischof über. Anglikanische Geistliche können in den Personalordinariaten die Priesterweihe empfangen.

Personalordinariate auch für Lutheraner?

Bereits 2012 kam es zu Kontaktgesprächen zwischen deutschen, skandinavischen und baltischen Lutheranern mit leitenden Vertretern des Päpstlichen Rats für die Förderung der Einheit der Christen über Möglichkeiten und Voraussetzungen für Personalordinariate für Lutheraner. 2013 erklärte der Präsident der theologisch konservativen Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften, Pastor Ulrich Rüb gegenüber der Presseagentur IDEA, die Möglichkeit eines Personalordinariats für Lutheraner gebe „der Ökumene eine neue, bisher nicht vorstellbare Dimension und einen neuen Impuls für das ökumenische Gespräch“. Klärungsbedarf gebe es, so Rüb, allerdings im Blick auf die Frage, ob ein Lutheraner wirklich innerhalb der (römisch-)katholischen Kirche leben könne, ohne seine lutherische Identität zu leugnen, und wie die katholische Kirche es den Lutheranern erlauben könnte, ihre legitimen Traditionen beizubehalten.

Appell an Papst Franziskus: Vereinigung will Alte Messe zurück Französische Laien starten internationale Kampagne

Paris, 24.4.2024 [katholisch.de/selk]

Eine römisch-katholische Vereinigung aus Frankreich hat an Papst Franziskus appelliert, die Alte Messe wieder zuzulassen. Mit einer internationalen Kampagne fordert die Laienvereinigung „Renaissance Catholique“ das Kirchenoberhaupt auf, „um der wahren Freiheit der Kinder Gottes willen, die volle Freiheit der vorkonziliaren Liturgie zu gewähren“, heißt es in einer Erklärung auf der Internetseite der Bewegung. Man bitte ebenfalls um „den freien Gebrauch aller ihrer liturgischen Bücher, damit alle Gläubigen von ihr profitieren und alle Geistlichen sie ungehindert feiern können“.

Argumentiert wird mit „offensichtlichen Früchten“ hinsichtlich Frömmigkeit und Berufungen. Die vorkonziliare Liturgie ziehe vor allem junge Menschen an, heißt es. Niemand könne daher bestreiten, dass sie für die Bewahrung und Weitergabe des katholischen Glaubens und der religiösen Praxis inmitten eines Glaubensverlustes hilfreich sei. Laut der Erklärung, die in acht Sprachen übersetzt wurde, ist der Aufruf keine Petition, sondern eine „Botschaft zur Verbreitung“, die den Bischöfen und Kardinälen der Weltkirche vorgelegt werden soll. Dabei wurde auch der Pontifex kritisiert: „Trotz aller Versuche,

sie verschwinden zu lassen, insbesondere während des gegenwärtigen Pontifikats, lebt diese Messe weiter“, wird in der Erklärung betont. Die Kirche sei nämlich von einer „inneren Krise betroffen“, die sich in einem Rückgang der religiösen Praxis sowie einem Rückgang der Priester- und Ordensberufungen widerspiegle. Dazu gehörte auch ein Rückgang der Sakramentenpraxis und zuvor undenkbar Meinungsverschiedenheiten unter Klerikern.

Mit seinem Motu proprio „Traditionis custodes“ („Wächter der Tradition“) aus dem Jahr 2021 hatte Papst Franziskus die Feier der Alten Messe weitgehend eingeschränkt. Darin heißt es, die Bischöfe sollen einen oder mehrere Orte

bestimmen, an denen die Messe nach den Messbüchern von 1962 gefeiert werden kann, jedoch nicht in Pfarrkirchen und ohne Errichtung neuer Personalpfarreien. Ebenfalls müssen Geistliche, die vor dem Papsterlass geweiht wurden und die Alte Messe feiern wollen, ihren Bischof um Genehmigung bitten. Priester, die nach 2021 geweiht wurden, können diese Erlaubnis nur vom Vatikan bekommen. Seit der Einschränkung der Feier der Alten Messe kommt es immer wieder zu Problemen bei der Umsetzung des Papst-Dekrets, vor allem in den USA, Frankreich oder Australien. Papst Franziskus aber verteidigte Anfang 2024 die Einschränkungen.

Bischof Hanke: Schwangerschaftsabbruch muss Unrecht bleiben „Ergänzung“ zu Stellungnahme von Ständigem Rat der DBK

Eichstätt, 23.4.2024 [katholisch.de/selk/KNA]

Der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke hat sich gegen Empfehlungen einer Expertenkommission gewandt, die Abtreibung in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei stellen und rechtlich erlauben will. „Ich appelliere an die Regierung, der Kommission nicht zu folgen“, erklärte Hanke.

Angesichts von jährlich schon jetzt mehr als 100.000 Abtreibungen auf Grundlage des geltenden Rechts erschließe sich ihm nicht, weshalb diese Regelungen aufgeweicht werden sollten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sei der Staat zum Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens verpflichtet. „Ich sehe mit großer Sorge Tendenzen in der Regierung, die Tötung ungeborener Kinder nicht nur zu tolerieren, sondern ausdrücklich für rechtmäßig zu erklären“, fügte der Bischof hinzu. Nötig sei aber mehr Einsatz für einen umfassenden Lebensschutz. So sollten Menschen, „die sich aus christlicher und staatsbürgerlich-demokratischer Haltung her-

aus für den Lebensschutz einsetzen“, nicht diskriminiert werden.

Nach Angaben der bischöflichen Pressestelle in Eichstätt ist Hanks Statement als „Ergänzung“ zu einer einstimmigen Stellungnahme des Ständigen Rats der Deutschen Bischofskonferenz vom selben Tag zu verstehen. Dieser hatte die geplante Liberalisierung der bisherigen Abtreibungsregelung kritisiert. Die Bischöfe warnten davor, dass „Grundprinzipien unserer Rechtsordnung verschoben werden“. Zugleich betonten sie, es sei ihnen wichtig, die Frauen in ihrer individuellen Situation des Schwangerschaftskonflikts achtsam wahrzunehmen und der Würde der Frau mit Achtung zu begegnen. Dabei sei es jedoch unverzichtbar, „in diesem Zusammenhang auch die Würde des noch nicht geborenen, aber bereits gezeugten und sich als Mensch entwickelnden Kindes im Mutterleib im Blick zu behalten“.

Kardinal Koch kritisiert deutsches Ökumene-Papier Er vermisse darin „Klarheit über das ökumenische Ziel“

Freiburg/Vatikanstadt, 24.4.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Der „Ökumene-Minister“ des Vatikans kritisiert das neueste Ökumene-Papier von Deutscher Bischofskonferenz (DBK) und Evangelischer Kirche in Deutschland (EKD). Er vermisse darin „Klarheit über das ökumenische Ziel“,

sagte Kardinal Kurt Koch in einem Interview des Online-Portals „communio.de“: Das Dokument halte zwar fest, dass es keine volle Kircheneinheit gebe, es werde aber „an keiner Stelle gesagt, was man sich unter dieser vollen

Einheit vorstellt und wie der Prozess, der im Dokument beschrieben wird, auf dieses Ziel hinführen kann“.

Wenn in dem Dokument von Einheit gesprochen werde, werde sogleich zurecht darauf hingewiesen, dass damit nicht Einheitlichkeit gemeint sein könne. Andererseits werde die Gefahr eines Umschlagens von Vielfalt in einen reinen unverbundenen Pluralismus nicht gesehen. „Mir scheint, dass es in diesem Dokument eine Vorliebe für Vielfalt und eine Ängstlichkeit gegenüber Einheit gibt. Hier wäre ein besseres Gleichgewicht angebracht“, so der Präfekt des römischen Dikasteriums zur Förderung der Einheit der Christen.

Koch begrüßte zugleich die in dem Dokument festgehaltene Selbstverpflichtung der beiden Kirchen, vor wichtigen Entscheidungen den Dialog zu suchen. Tatsächlich zeigten sich gerade in ethisch umstrittenen Fragen wie etwa Sterbehilfe oder Abtreibung immer häufiger Spannungen, die einen intensiveren Dialog verlangten: „In früheren Jahrzehnten hieß das Leitmotiv in der Ökumene: Glaube trennt, Handeln eint. Heute jedoch müssen wir eher das Gegenteil festhalten.“

Neue Differenzen

Man sei sich in vielen Glaubensfragen nähergekommen, dafür gebe es neue Differenzen auf ethischem Gebiet. Damit müsse sich die Ökumene noch stärker befassen – denn wenn die Kirchen in Grundfragen des Lebens und Zusammenlebens nicht mit einer Stimme sprächen, werde „die christliche Stimme in den säkularen Gesellschaften Europas immer schwächer“, warnte Koch. Mit Blick auf die Zukunft rief er dazu auf, Ökumene nicht – wie in dem neuen Papier – auf den Dialog zwischen römisch-katholischer und evangelischer Kirche zu begrenzen, sondern auch Orthodoxe, Orientalen und Freikirchen stärker in den Blick zu nehmen.

In dem Papier von Mitte März unter dem Titel „Mehr Sichtbarkeit in der Einheit und mehr Versöhnung in der Verschiedenheit“ hatten die beiden großen Kirchen in Deutschland angekündigt, sie wollten künftig häufiger mit einer Stimme auftreten. Es gehe um eine „sichtbare Einheit in versöhnter Verschiedenheit“.

Abtreibung: Bischöfe kritisieren Kommissionsempfehlungen **Ständiger Rat der Bischofskonferenz: Menschenwürde ist „nicht abstufbar“**

Bonn, 24.4.2024 [IDEA/selk]

Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz hat Kritik an den Empfehlungen der „Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin“ geübt. „In großer Sorge nehmen wir die aktuelle Debatte um Fragen des Lebensschutzes in unserem Land wahr“, erklärte das Gremium in einer Stellungnahme. Hintergrund: Die achtzehnköpfige Kommission war 2023 von der Ampelregierung berufen worden, um u.a. eine Neuregelung des Abtreibungsrechts außerhalb des Strafrechts zu prüfen. Derzeit ist gemäß Paragraf 218 Strafgesetzbuch eine Abtreibung grundsätzlich rechtswidrig, bleibt aber unter bestimmten Voraussetzungen innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei. In ihrem Abschlussbericht schlägt die Kommission u.a. vor, Abtreibungen müssten in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen grundsätzlich als rechtmäßig gelten. Sie müssten erst ab dem Zeitpunkt grundsätzlich verboten sein, ab dem das Kind eigenständig lebensfähig ist. Das ist in der Regel ab der 22. Schwangerschaftswoche der Fall.

Schwangerschaftskonflikte „achtsam wahrnehmen“

In ihrer Stellungnahme erklärten die römisch-katholischen Bischöfe, das menschliche Leben sei „schutzwürdig von allem Anfang an bis zum natürlichen Tod“. Die staatliche Gemeinschaft müsse sich mit allem Nachdruck

für seinen Schutz einsetzen. Gleichzeitig müsse auch das Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren geachtet werden. „Deshalb ist es uns wichtig, die Frauen in ihrer individuellen Situation des Schwangerschaftskonflikts achtsam wahrzunehmen, der Würde der Frau mit Achtung zu begegnen und ihr Selbstbestimmungsrecht nicht in ungebührlicher Weise einzuschränken“, so die Bischöfe. Die Heiligkeit des menschlichen Lebens sei aber für Christen eine wesentliche Glaubensüberzeugung. „In ethischer Perspektive können wir die Abtreibung daher nicht gut heißen und sie auch nicht als eine Normalität menschlichen Lebens akzeptieren.“

Für Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtslage

Weiter heißt es in der Stellungnahme, gegen das von der Kommission vorgeschlagene Modell eines abgestuften Schutzes für ungeborene Kinder spreche deren Menschenwürde. Sie sei „nicht verhandelbar, nicht teilbar und auch nicht abstufbar“. Bei Schwangerschaftskonflikten entstehe eine „Dilemma-Situation, die alleine mit den Mitteln juristischer Logik letztlich nicht aufgelöst werden kann“. Dem trage das geltende Abtreibungsrecht Rechnung. Deswegen spreche sich der Ständige Rat der Bischofskonferenz mit Nachdruck für seine Beibehaltung aus.

Keine Änderung bei Leihmutterschaft und Eizellenspende

Kritik üben die Bischöfe auch an den Empfehlungen der Kommission zu Eizellenspenden und Leihmutterschaft. Hintergrund: Die Kommission empfiehlt in ihrem Abschlussbericht, die derzeit geltenden Verbote von Eizellenspenden und altruistischer (uneigennütziger) Leihmutterschaft unter bestimmten Bedingungen aufzuheben. So könne etwa eine Leihmutterschaft erlaubt werden, wenn Eltern und Leihmutter sich durch ein familiäres Verhältnis kennen oder eine Vereinbarung treffen, nach der eine

Beziehung zwischen beiden Parteien noch über die Geburt hinaus besteht. Außerdem solle eine Leihmutter eine „angemessene Aufwandsentschädigung“ erhalten. Dazu erklärten die Bischöfe, dem Gesetzgeber sei „dringend anzuraten, keine Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen“. Vor einer möglichen Gesetzesänderung müssten wichtige Fragen geklärt werden, etwa, wie Leihmütter vor Ausbeutung geschützt und die Belange des Kindeswohls angemessen berücksichtigt werden könnten.

Orthodoxer Theologe findet Papsttitel erklärungsbedürftig „Ein später, unerklärter Verzicht auf den unerklärten Verzicht“

Wien, 23.4.2024 [katholisch.de/KNA/kathpress/selk]

Der Wiener orthodoxe Theologe Ioan Moga wertet die Wiederaufnahme des Titels „Patriarch des Abendlandes“ durch Papst Franziskus eher skeptisch. „Ein historischer Titel wird wiedereingeführt – aber ohne Absichtserklärung, ohne Deutung“, sagte der Professor für Orthodoxe Theologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien der Presseagentur Kathpress. „Ein später, unerklärter Verzicht auf den unerklärten Verzicht“, so Moga, der findet: „Ökumene verdient mehr.“

Der ökumenisch gesinnte Papst Benedikt XVI. (2005-2013) hatte den Titel „Patriarch des Abendlandes“ 2006, im ersten Jahr seiner Amtszeit, aus der Liste der Papsttitel streichen lassen und damit Irritationen bei den Kirchen des Ostens ausgelöst. Franziskus hat ihn vor rund zwei Wochen wieder eingeführt. Moga erläuterte, das Problem beim Verzicht 2006 sei nicht der Verzicht an sich gewesen, sondern die fehlende Erklärung: „Das hat vor allem irritiert. Jeder konnte das unterschiedlich deuten, weil der Verzicht ein Deutungsvakuum hinterließ.“ Benedikt XVI. habe damals wie auch später keinen Grund gehabt, die Orthodoxen zu brüskieren. Dasselbe Problem habe man aber auch heute mit der schweigenden Wiederaufnahme des Titels, so Moga.

Der in Siebenbürgen geborene Theologe verwies darauf, dass der Titel „Patriarch des Abendlandes“ schon davor in der orthodox-römischen Diskussion kaum eine Rolle gespielt habe; und: „Das Problem war und ist das Jurisdiktionsprimat. Das bleibt, mit oder ohne symbolische Titel, nach wie vor offen.“ Er habe 2006 die Aufregung unter einigen orthodoxen Theologen nicht verstanden, sagte Moga, denn: „Ein Relikt aus der Vergangenheit, das in der römisch-katholischen Ekklesiologie keine Relevanz mehr hat, darf bei einer ersten ökumenischen Diskussion nicht überschätzt werden.“

Titel sei eine Hülse

Das ins Gespräch gebrachte antike Modell der Pentarchie [„Fünf-Herrschaft“ der Patriarchen von Rom, Konstantinopel, Alexandria, Antiochien und Jerusalem; d. Red.] entspreche „selbst in der orthodoxen Kirche nicht mehr einer Realität, sondern sei lediglich ein Referenzpunkt für die Kirchengemeinschaft im ersten Jahrtausend“, so Moga. „Bloße Titelverzichte oder -Wiederaufnahmen werden uns an dieses altkirchliche Modell nicht näherbringen. Das wissen wir aus dem bisherigen Dialog. Es geht immer darum, was die jeweilige Kirche darunter versteht“, sagte der Theologe weiter. Während die aktuellen Patriarchentitel in der orthodoxen Kirche einer kirchenrechtlichen Realität entsprächen, sei der Titel „Patriarch des Abendlandes“ letztendlich eine Hülse, findet Moga: „Was bedeutet ‚Abendland‘ aus kirchenrechtlicher bzw. ekklesiologischer Sicht? Wer gehört zu diesem Abendland dazu? Fühlen sich damit römisch-Christen in Afrika und Asien angesprochen? Wenn nicht, dann zu welchem ‚Patriarchat‘ gehören diese? Was machen wir dann mit ‚Südamerika‘?“

Den Titel „Patriarch des Abendlandes“ auf den römischen Ritus zu beziehen, halte er ebenfalls für problematisch, so Moga. Zusammenfassend sehe er in der Wiederaufnahme des Titels durch Papst Franziskus auch kein ökumenisches Zeichen Richtung Orthodoxie bzw. Richtung Ostkirchen. Ein viel stärkeres Signal stamme für ihn dagegen aus dem Jahr 2020, als im päpstlichen Jahrbuch („Annuario Pontificio“) erstmals der Titel „Stellvertreter Jesu Christi“ – laut Moga ein „ekklesiologisch und theologisch sehr problematischer Titel, den die Orthodoxie traditionell kritisiert hat“ – unter der neuen Rubrik der „historischen Titel“ gelistet war. Die Einfügung der Kategorie „historische Titel“ zeige die Distanz des heutigen Papstes Franziskus zu dieser Titulatur, so Moga: „Das war und das ist zu begrüßen.“

Erste ostkirchliche Diakonin der Neuzeit sakramental geweiht

Die Diakoninnenweihe stiftete ökumenische Irritationen

Harare, 6.5.2024 [katholisch.de/selk]

Erstmals in der Neuzeit, so berichteten Medien, wurde einer Frau in einer ostkirchlichen Teilkirche eine sakramentale höhere Weihe gespendet. Erzbischof Serafim von Simbabwe weihte am Gründonnerstag in Harare Angelic Molen zur Diakonin, teilte das „St. Phoebe Center for the Deaconess“ mit. „Sie wird tun, was der Diakon in der Liturgie und bei allen Sakramenten in unseren orthodoxen Gottesdiensten tut“, erläuterte der Erzbischof. In den Ostkirchen haben (männliche) Diakone vor allem die Aufgabe, in der Liturgie zu assistieren, nicht aber, selbst Sakramente zu spenden.

Molen engagiert sich seit Jahren in der Missionspfarre St. Nektarios in Harare, wo sie ein pastorales Zentrum aufgebaut hat. Zu ihren Tätigkeiten gehören Jugendarbeit, Katechese und die Arbeit mit Müttern. Sie studiert Geographie und Umweltwissenschaften. Als Diakonin soll sie für ökologische Initiativen in den Pfarreien Simbabwes zuständig sein.

Das orthodoxe Patriarchat von Alexandria und ganz Afrika hatte bereits 2016 beschlossen, Frauen zum Diakonat zuzulassen. Grundlage war ein Beschluss der „Heiligen und Großen Synode“ der gesamten Orthodoxie auf Kreta im selben Jahr. 2017 wurden in der Demokratischen Republik Kongo die ersten Frauen zu Subdiakoninnen geweiht. Anders als das Subdiakonat gehört das Diakonat nach orthodoxem Verständnis zu den höheren Weihen und ist sakramental.

Offene Fragen und Irritationen

Das orthodoxe Patriarchat von Alexandria sieht noch offene Fragen für die Weihe von Frauen zu Diakoninnen. Grundsätzlich bekennt sich das Patriarchat aber zur Diakoninnenweihe, heißt es in einer am 10. Mai veröffentlichten Erklärung. „Die Mission in Afrika braucht Diakoninnen, vor allem für die Seelsorge und die Taufe erwachsener Frauen sowie besonderen Fällen wie dem Witwenstand in männerdominierten Gesellschaften, wo Witwen sonst vom gesellschaftlichen und kirchlichen Leben ausgeschlossen wären“, so die Erklärung. Das Patriarchat äußerte sich, nachdem die Weihe von Angelic Molen durch Erzbischof Serafim von Simbabwe weltweit für Aufsehen

sorgte und in der Orthodoxie kontrovers diskutiert wurde.

Das Amt der Diakonin hat in den Ostkirchen eine lange Tradition. Es wurde formal nie abgeschafft, jedoch ab dem Mittelalter mehrheitlich nicht mehr praktiziert. Es gab in den verschiedenen orthodoxen Kirchen immer wieder Bestrebungen, das Frauendiakonat neu zu beleben.

In der Erklärung des Patriarchats heißt es, dass die Kirche sehr wohl die Stellung und das Amt von Diakoninnen kenne. Das Amt sei im Neuen Testament und in den altkirchlichen Kirchenordnungen beschrieben. Dabei müsse aber darauf hingewiesen werden, dass Diakoninnen nie in liturgischen Funktionen eingesetzt worden seien, sondern als geweihte Frauen, die an allgemeinen pastoralen und liturgischen Aufgaben für Frauen mitwirkten, wo Frauen sonst vom kirchlichen Leben ausgeschlossen wären. „Als sich die Gesellschaften weiterentwickelten, reifer wurden und die Rechte der Frauen anerkannten, wurde die Institution der Diakonin nicht mehr gebraucht. Es ist jedoch belegt, dass es diese Einrichtung gab und dass sie auch heute noch zum ‚geistlichen Arsenal‘ der Kirche gehört, um ähnliche Situationen unter besonderen örtlichen Bedingungen zu bewältigen“, so die Erklärung weiter.

Präzedenzfall ohne Bindung für andere Ortskirchen

Die Weihe einer Frau sei zwar ein Präzedenzfall, binde aber nicht andere Ortskirchen. Der Erzbischof bedauerte die entstandene Verwirrung und kündigte an, dass der Dienst von Diakoninnen durch Rahmenregelungen durch die Synode des Patriarchats weiter definiert werde.

Das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat von Alexandria und ganz Afrika sieht sich in der Tradition des in der Rangordnung dritten Patriarchats der Alten Kirche. Der Evangelist Markus wird als Gründer des Patriarchats von Alexandrien angesehen. Es stellt mit etwa 250.000 Gläubigen in Ägypten und anderen Staaten Afrikas eine Minderheit dar und wird von Patriarch Theodoros II. geleitet. In Alexandrien sind auch das Patriarchat der koptisch-orthodoxen Kirche und das Patriarchat der mit Rom in Gemeinschaft stehenden koptisch-katholischen Kirche ansässig, die sich ebenfalls auf Markus berufen.

Franziskus zur Priesterweihe für Frauen: Die Tür bleibt geschlossen Papst bekräftigt die endgültige Entscheidung Johannes Pauls II.

Rom, 21.5.2024 [ll Messaggero/selk]

Während eines langen Fernsehinterviews mit dem amerikanischen Sender CBS hat Papst Franziskus die Tür für die Möglichkeit, dass Frauen als ordinierte Diakoninnen oder als Mitglieder des Klerus dienen, geschlossen. Auf die Frage, ob eine junge Frau jemals während ihres Lebens diese Möglichkeit haben würde, Priesterin zu werden, antwortete der Pontifex knapp: „Nein“. Er fuhr fort: „Wenn sie Diakoninnen mit den Heiligen Weihen meinen, nein. Aber Frauen haben immer, würde ich sagen, die Funktion von Diakoninnen gehabt, ohne die Priesterweihe empfangen zu haben, richtig? Frauen leisten einen großen Dienst als Frauen, nicht als Amtsträger innerhalb der kirchlichen Ordnung“. Die Klarstellung rief umgehend sofort negative und enttäuschte Reaktionen von Frauenverbänden hervor, die seit langem für die Einführung der Frauenordination in der römisch-katholischen Kirche kämpfen.

Bereits in der Vergangenheit hatte sich Franziskus mehrfach negativ über die Möglichkeit der Priesterweihe für Frauen geäußert, verwies jedoch in der Frage der Diakoninnenweihe auf theologische Studienkommissionen.

Die römisch-katholische Kirche befindet sich derzeit mitten in einem globalen Konsultationsprozess im Hinblick auf den zweiten Teil des Synods über die Synodalität, der für diesen Herbst geplant ist und in dem es u.a. um eine „gerechte Einbeziehung von Frauen in allen Aspekten des kirchlichen Lebens“ gehen soll.

Papst Johannes Paul II. hatte schon 1994 abschließend und endgültig im Apostolischen Schreiben „*Ordinatio Sacerdotalis*“ die Priesterweihe für Frauen ausgeschlossen und ausdrücklich „kraft seines Amtes“ erklärt: „Damit also jeder Zweifel bezüglich der bedeutenden Angelegenheit, die die göttliche Verfassung der Kirche selbst betrifft, beseitigt wird, erkläre ich kraft meines Amtes, die Brüder zu stärken (vgl. Lk 22,32), daß die Kirche keinerlei Vollmacht hat, Frauen die Priesterweihe zu spenden, und daß sich alle Gläubigen der Kirche endgültig an diese Entscheidung zu halten haben.“

Hinter diese Erklärung kann im Rahmen des römisch-katholischen Rechtsgefüges kein Papst, kein Konzil und keine „synodaler Weg“ mehr zurück.

Australische Bischöfe beschließen Messritus für Ureinwohner Seit 50 Jahren Formen und Sprachen erprobt

Sydney, 8.5.2024 [katholisch.de/selk]

Die australischen Bischöfe haben einen Ritus für eine Messfeier mit Elementen der Kultur australischer Ureinwohner beschlossen. Die Vorgaben für die Messe „Land des Heiligen Geistes“ (*Missa Terra Spiritus Sancti*) für die Feier in der Diözese Broome wurde von der Vollversammlung angenommen, teilte die australische Bischofskonferenz mit. Bereits seit gut 50 Jahren werden in Westaustralien Messen mit traditionellen Elementen und in den Sprachen der Ureinwohner gefeiert. Diese Feier soll nun dauerhaft offiziell anerkannt werden. Dazu ist noch die Zustimmung („*recognitio*“) des Liturgiedikasteriums erforderlich.

Die Messe wurde erstmals 1973 durch den damaligen Bischof von Broome „*ad experimentum*“ genehmigt. Sie wird in verschiedenen lokalen Sprachen gefeiert und stammt ursprünglich aus Bidyadanga in der Region Kimberley, daher ist sie auch unter den Namen *Missa Bidyadanga* und *Missa Kimberley* bekannt. Der Rat der katholischen australischen Ureinwohner (National Aboriginal and Torres Strait Islander Catholic Council) beschreibt die

Liturgie als „unverwechselbare Messe, die auf wunderbare Weise die katholische Tradition mit der Kultur der Ureinwohner verschmilzt und damit eine einzigartige Feier des Glaubens schafft, die der Diözese seit über fünf Jahrzehnten dient“. Es handle sich bei der Messe nicht nur um eine liturgische Praxis, sondern um „ein Zeugnis für die tief verwurzelte Verbindung zwischen unserem Glauben und der reichen Kultur der Ureinwohner“. Sie sei eine Brücke, die die spirituellen Überzeugungen mit der uralten Weisheit der ursprünglichen Hüter des Landes verbinde, heißt es in einem Schreiben des Rates an die Bischofskonferenz. „Es ist ein konkreter Ausdruck des Engagements der Kirche, die spirituelle und kulturelle Dimension des Lebens indigener Völker anzuerkennen und zu würdigen und dadurch ein Umfeld der Inklusion und des Respekts zu fördern“, so der Rat weiter.

Inkulturation der Liturgie auf mehreren Kontinenten

„Wir müssen mit den Ureinwohnern zusammen unterwegs sein. Ich freue mich sehr, dass die *Missa Terrae Spi-*

ritus Sancti nach einer so langen Zeit der Verwendung von den Bischöfen Australiens offiziell anerkannt wurde“, sagte der Apostolische Administrator von Broome, Michael Morrissey. „Wir wissen, dass es in Australien viele Kulturen der Ureinwohner gibt, und wir beten dafür, dass sie alle vom Heiligen Geist geleitet werden, um die beste Art und Weise zu entwickeln, wie sie die Eucharistie auf die angemessenste Weise mit ihrem Volk und im Leben der Kirche feiern können.“

Das Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) hat in seiner Liturgiekonstitution „Sacrosanctum Concilium“ festgelegt, dass unter Wahrung der Einheit „berechtigter Vielfalt und Anpassung an die verschiedenen Gemeinschaften, Genden und Völker, besonders in den Missionen, Raum zu belassen“ sei. Das schließt die Revision der liturgischen Bücher ein. Nach dem Konzil wurde erstmals 1988 mit dem Zairischen Messritus ein inkulturierter liturgischer Ritus kirchlich anerkannt. Zurzeit arbeitet die Amazonas-Kirchenkonferenz CEAMA im Nachgang der Amazonas-Synode (2019) an einem amazonischen Ritus der Liturgie.

Volker Beck: Pax Christi begünstigt Israelfeindlichkeit Grünen-Politiker spricht Warnung an römisch-katholische Kirche aus

Osnabrück, 7.5.2024 [katholisch.de/KNA/selk]

Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck (Grüne), wirft der römisch-katholischen Friedensinitiative Pax Christi Begünstigung von Israelfeindschaft vor. „Die katholische Kirche sollte sich mal überlegen, was die Forderung dieser Israelfeinde für das Verhältnis der Christen zu ihren älteren Brüdern und Schwestern bedeutet“, sagte Beck der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Angesichts von Rufen nach einem Rüstungsboykott gegen Israel warnte der Grünen-Politiker die römisch-katholische Kirche in Deutschland vor einer Belastung des christlich-jüdischen Dialogs.

Hintergrund ist ein Offener Brief, der auf die Initiative von „Aktion Aufschrei – Stopp den Waffenhandel!“ vom 2. Mai zurückgeht. Dieser Initiative haben sich 37 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke aus der Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik angeschlossen. Pax Christi hat den Offenen Brief mitunterzeichnet. Darin ist von der „Gefahr eines Völkermordes“

durch Israel an den Palästinensern die Rede. Deutschland wird aufgefordert, den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Israel zu stoppen. „Wenn es um die Delegitimierung Israels geht, steht Pax Christi immer in der ersten Reihe“, sagte Beck in dem Interview. „Ob propagandistischer Flankenschutz für die Israel-Boycott-Bewegung BDS oder Unterstützung für Experten, die Deutschland von historischer Verantwortung emanzipieren wollen oder sich von den Juden unterdrückt fühlen: Pax Christi geht immer vorneweg.“

Pax Christi ist eine ökumenische Friedensbewegung in der römisch-katholischen Kirche. Ihr gehören Priester, Laien und Bischöfe an. Die Bewegung stand bereits häufiger wegen ihrer Haltung zum Nahost-Konflikt in der Kritik. 2017 trat der Linzer Bischof Manfred Scheuer als Präsident der österreichischen Sektion zurück, weil er den israelkritischen Kurs der Organisation nicht mittragen wollte.

Sachsen: Israelfreunde kritisieren Freistaat wegen Spende für Gaza Hilfsgüter kommen „letztlich der Terrororganisation Hamas“ zugute

Dresden/Rossau, 24.4.2024 [IDEA/selk]

Die Sächsischen Israelfreunde (Rossau) haben scharf kritisiert, dass der Freistaat Sachsen 110.000 Euro gespendet hat, um Hilfsgüter für Binnenflüchtlinge im Gazastreifen zu beschaffen. Der Betrag wurde an Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes Sachsen übergeben. Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte dazu erklärt: „Bei Leid wie in Gaza darf man nicht wegschauen. Solidarität, Nächstenliebe und humanitäre Hilfe für Menschen

in Not sind für uns Sachsen wichtige Werte.“ Wie es in einer Mitteilung der Sächsischen Israelfreunde heißt, ist die Spende zwar gut gemeint, aber alle Hilfsgüter, die in den Gazastreifen gelangten, kämen „letztlich der Terrororganisation Hamas“ zugute. Überall dort, wo die israelischen Verteidigungstreitkräfte noch nicht die Kontrolle übernommen hätten, beschlagnahmte die Hamas „gelieferte Hilfsgüter mit brutaler Waffengewalt“ und verkaufte

sie dann zu „horrenden Preisen an die Zivilbevölkerung“. Mit dem Erlös durch den Verkauf der Hilfsgüter werde der Kampf gegen Israel mitfinanziert. Die Spende des Freistaates unterstütze das „palästinensische Opfernarrativ“. Diese Täter-Opfer-Umkehr „dämonisiere“ Israel, so die Israelfreunde. Auch auf der Seite Israels gebe es Leiden, aber es werde in diesem Zusammenhang verschwiegen und auch in den Medien wenig benannt. Immer noch halte die Hamas 133 Geiseln „unter unmenschlichen Bedingungen“ gefangen. Außerdem seien auch in Israel rund 100.000 Kriegsflüchtlinge aus dem Norden und aus dem Süden auf Versorgung angewiesen.

Kritik am Internationalen Roten Kreuz

Die Sächsischen Israelfreunde sehen auch die Rolle des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) kritisch. So klagten ausgetauschte israelische Geiseln gegen das IKRK. Sie beschuldigten es der unterlassenen Hilfeleistung bei ihrer Freilassung und bei der Medikamentenversorgung in der Geiselhaft. Weiterhin spiele das IKRK eine zentrale Vermittlerrolle bei der Beantragung und Auszahlung „fälschlich sogenannter ‚Märtyrerrenten‘ „der Palästinensischen Autonomiebehörde. Diese „Renten“ flössen an in israelischen Gefängnissen inhaftierte Mörder von Israel. Vorsitzender der Sächsischen Israelfreunde ist Lothar Klein (Dresden). Als Geschäftsführer amtiert Wilfried Gotter (Rossau).

„Marsch fürs Leben“: Tätliche Angriffe und Sabotage **Veranstalter: Saboteure wollten Stromversorgung lahmlegen**

München, 17.4.2024 [IDEA/selk]

Beim 4. „Münchner Marsch fürs Leben“ hat es nach Angaben der Veranstalter Sabotageakte und tätliche Angriffe gegen Teilnehmer gegeben. Das erklärte der Verein „Stimme der Stillen“ in einer Pressemitteilung. Bei der Kundgebung am 13. April hatten nach Angaben der Veranstalter 6.000 Teilnehmer für den Lebensschutz demonstriert. Die Polizei sprach von 3.000 Teilnehmern. Der Marsch wurde von einem starken Polizeiaufgebot geschützt. An einer Gegendemonstration des „Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung“ nahmen laut Polizei rund 1.000 Personen teil. Sie forderten ein „Menschenrecht auf Abtreibung“. Bereits vor Beginn des Marsches sei entdeckt worden, dass die für die Veranstaltung bereitgestellte Stromversorgung durch Einspritzen von Schaum sabotiert worden war, heißt es in der Pressemitteilung. Nur durch einen schnellen Einsatz der Stadtwerke München sei es möglich gewesen, die Kundgebung wie

geplant durchzuführen. Bei der Abschlussveranstaltung hätten darüber hinaus Gegendemonstranten versucht, mit einer großen spiegelartigen Fläche die Redner auf der Bühne zu blenden. Außerdem sei nachträglich bekannt geworden, dass es zu mehreren tätlichen Angriffen auf Teilnehmer des Marsches gekommen sei. Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Dazu kommen die üblichen obszönen Plakate und vulgären Beleidigungen, die Lebensschützer in Deutschland hinreichend gewöhnt sind.“ Die Vorfälle zeigten, „dass die böse Saat der Diffamierung von Lebensschützern, die insbesondere im Hinblick auf den Münchner Marsch in den letzten Wochen in den Medien erfolgte, leider aufgegangen ist“. Die Veranstalter wollten sich davon aber weder einschüchtern noch entmutigen lassen. Der nächste Münchner Marsch fürs Leben soll am 3. Mai 2025 stattfinden.

KURZ UND BÜNDIG

■ In Italien soll eine Gesetzesänderung die Umnutzung gemeinnütziger Räumlichkeiten zu Gotteshäusern künftig verhindern. Die Abgeordnetenkammer billigte mehrheitlich den Entwurf des sogenannten „Anti-Moscheen-Gesetzes“. Es fehlt noch die Zustimmung des Senates, der zweiten Kammer des italienischen Parlaments. Die Änderung sieht ein Verbot gottesdienstlicher Nutzung von Räumen gemeinnütziger Organisationen vor. Von der Regelung ausgenommen sind Religionsgemeinschaften, die eine vertragliche Vereinbarung mit dem italienischen Staat haben. Dazu zählen fast alle christlichen Konfessionen, aber auch jüdische, buddhistische und hinduistische Gemeinden. Abkommen mit islamischen Verbänden gibt es nicht. Laut den Initiatoren um Tommaso Foti von der Regierungspartei Fratelli d'Italia zielt die Gesetzesänderung vor allem auf die Muslime, um die Umwidmung gemeinnütziger Gebäude in Moscheen und Koranschulen zu verhindern.

■ Paul Reder (52) hat an Christi Himmelfahrt im Würzburger Kiliansdom von Bischof Franz Jung die Bischofsweihe empfangen und ist nun neuer Weihbischof im Bistum Würzburg. Reder, bisher Teampfarrer im Pastoralen Raum Schweinfurter Mainbogen, war im März von Papst Franziskus zum Weihbischof der Diözese ernannt worden. Reder folgt auf Weihbischof Ulrich Boom (76), der altersbedingt auf sein Amt verzichtet hat. Aufgabe eines Weihbischofs ist es, den Ortsbischof in der Leitung des Bistums und im seelsorgerlichen Dienst zu unterstützen. Der 1971 in Würzburg geborene Reder studierte nach dem Abitur von 1990 bis 1996 Katholische Theologie und Philosophie mit den Nebenfächern Pädagogik und Psychologie in seiner Heimatstadt. Danach war er 14 Jahre lang wissenschaftlicher Mitarbeiter. Die Priesterweihe empfing er 2014.

DIAKONIE-REPORT

Jahreshauptversammlung des Vereins „Humanitäre Hilfe Osteuropa“ Verabschiedung und Wahl in Soltau

Soltau, 21.4.2024 [selk]

Bei der Mitgliederversammlung des Vereins „Humanitäre Hilfe Osteuropa e.V.“ wurde Tobias Krüger vom 1. Vorsitzenden Dr. Albrecht Adam mit großem Dank und engagiertem Applaus aus seinem Amt verabschiedet. Krüger bekleidete den 2. Vorsitz fast seit Gründung des Vereins. In all den Jahren hat er sein komplettes Wissen und Können dem Verein zur Verfügung gestellt. Mit gesundem Menschenverstand fällt er seine Entscheidungen zum Wohl der Menschen in Osteuropa und war auf vielen Reisen mit dabei. Die Versammlung wählte Andrej Wittich (Hamburg) zu ihrem 2. Vorsitzenden.

Weitere Tagesordnungspunkte waren der Bericht des Vorsitzenden Dr. Albrecht Adam über das Jahr 2023 sowie die Berichte aus den beiden Sammelstellen in Arpke und Böttersen.

Für dieses Jahr sind die Sammlung von weiteren Hilfsgütern und deren Transport in die Republik Moldau und die Ukraine geplant. Neue Mitglieder im Verein „Humanitäre Hilfe Osteuropa“ sind erwünscht und willkommen.

Diakonie Deutschland: Reform der Pflege nicht länger aufschieben Bessere Rahmenbedingungen für Pflegekräfte – echte Pflegereform statt Stückwerk

Berlin, 12.5.2024 [pressestelle diakonie deutschland]

Maria Loheide, Vorständin Sozialpolitik der Diakonie Deutschland: „Wir müssen die Pflege jetzt zukunftsfest machen, sonst können Pflegebedürftige schon bald nicht mehr professionell versorgt werden. Schon jetzt gibt es in manchen Regionen erhebliche Probleme, einen ambulanten Dienst oder einen stationären Pflegeplatz zu finden. Für immer mehr Pflegebedürftige fehlt es an Pflegepersonal. Doch statt einer grundlegenden Pflegereform reagiert die Bundesregierung mit Stückwerk. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, brauchen die Pflegekräfte insgesamt bessere Rahmenbedingungen. Dazu gehört, dass Pflegekräfte deutlich mehr Zeit für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen bekommen und ihre Kompetenzen umfassend anerkannt werden. Das anstehende Pflegekompetenzgesetz geht in die richtige Richtung, bleibt aber ohne eine grundlegende Pflegereform und eine Weiterentwicklung der Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung auf halber Strecke stehen.“

An diesem ‚Tag der Pflege‘, der mit dem Muttertag zusammenfällt, gilt mein besonderes Augenmerk der häuslichen Pflege durch Angehörige. Nach wie vor sind es die Kinder, die den größten Teil der Pflege ihrer Eltern sicherstellen. Die Bundesregierung muss das Engagement pflegender Angehöriger durch eine Reform des Familienpflegezeitgesetzes stärken. Die Übernahme der Pflege eines Angehörigen ist häufig mit hohen Einkommensbußen und dem Risiko der Altersarmut verbunden. Davon sind vor allem Frauen betroffen. Deshalb sollte mit dem Gesetz auch eine Lohnersatzleistung analog eines Elterngeldes eingeführt werden, die den Lohnausfall bei der Pflege von Angehörigen oder nahestehenden Personen ausgleicht. Eine solche Lohnersatzleistung wäre für die Pflege eine große Chance. Auch die Einzahlungen in die Rentenversicherung für pflegende Angehörige, die ihre Erwerbstätigkeit reduzieren oder aufgeben, müssen verbessert werden.“

Diakonie zur Suizidpräventionsstrategie Hohe Zahl von Suiziden und Suizidversuchen durch Gesetz senken

Berlin, 2.5.2024 [pressestelle diakonie deutschland]

Anlässlich der von Gesundheitsminister Karl Lauterbach vorgestellten Suizidpräventionsstrategie fordert die Diakonie Deutschland die Bundesregierung auf, die Suizidprävention verbindlich zu regeln und noch in dieser Legislaturperiode ein Gesetz vorzulegen.

Diakonie-Präsident Rüdiger Schuch: „Mehr als 10.000 Menschen sterben jährlich durch Suizid. Bei Kindern und Jugendlichen ist es sogar die zweithäufigste Todesursache. Eine Strategie allein hilft Menschen mit Suizidgedanken nicht. Wir brauchen jetzt ein Gesetz, das die Infrastruktur für eine wirksame Suizidprävention schafft.“

Um Menschen in Lebenskrisen besser zu erreichen, müssen bestehende Angebote gesichert und ausgebaut werden. Dazu zählt zum Beispiel die Telefonseelsorge, die rund um die Uhr für anonyme Gespräche bereitsteht, jedoch einen hohen Bedarf wahrnimmt, den sie nicht vollständig abdecken kann. Ein weiteres wichtiges Angebot, das es bisher nur in drei Bundesländern gibt, sind psychiatrisch-psychosoziale Krisendienste für Menschen mit Suizidgedanken und anderen psychischen Krisen. Suizidgedanken und -wünsche treten vermehrt bei Jugend-

lichen und jungen Erwachsenen sowie bei Menschen mit schweren Erkrankungen auf. Sie müssen auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Ein Suizidpräventionsgesetz muss die Förderung dieser unterschiedlichen Angebote regeln.

Das Suizidpräventionsgesetz muss aus Sicht der Diakonie Deutschland folgende Elemente umfassen:

- Ausbau von Beratung und Hilfe in akuten Krisen. Hier fordern wir die finanzielle Förderung der Telefonseelsorge und den Ausbau psychiatrisch-psychosozialer Krisendienste.

Es ist entscheidend, dass Menschen in suizidalen Krisen rund um die Uhr Zugang zu relevanten Hilfsangeboten haben.

- Die Finanzierung zielgruppenspezifischer Angebote für junge, alte und kranke Menschen, darunter präventive Hausbesuche für Menschen ab 75 Jahren.
- Maßnahmen zur allgemeinen Bewusstseinsbildung und zur Aufklärung über Suizide und Suizidversuche sowie Hilfen für Menschen in akuten Krisen.

Suizidprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Umfassende Suizidprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Eine wichtige Rolle spielt dabei, Verständnis zu wecken für Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Problemlagen in suizidale Krisen geraten. Dazu gehören Informationen und Aufklärung über das Vorkommen von Suizidgedanken aufgrund von psychischen und physischen Erkrankungen oder seelischer, sozialer und ökonomischer Notlagen. Wir brauchen gesellschaftliche Debatten über unsere Vorstellung, was gelingendes Leben bedeutet, über unsere Altersbilder und unser Verständnis von Selbstbestimmung, Autonomie, Fürsorge und Abhängigkeit. Hospizarbeit und Palliativversorgung tragen zur Suizidprävention bei. Daher ist es von großer Bedeutung, die Angebote in diesem Bereich bekannter und für ein breiteres Spektrum der Gesellschaft zugänglich zu machen.

Suizidprävention und Suizidassistenz

Der Ausbau der Suizidprävention steht für die Diakonie Deutschland auch im Zusammenhang mit der Ermöglichung des assistierten Suizids durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020. Wenn Menschen in schwierigen Lebenssituationen nach einem assistierten Suizid verlangen, müssen sie zuerst Beratung und Hilfe zum Leben erhalten. Zu denken ist hier an Menschen, die durch Einsamkeit oder Scham unter hohem Leidensdruck stehen, sowie an Menschen, die überschuldet oder aus anderen Gründen verzweifelt sind, aber auch an

schwer kranke Menschen, die sich z.B. mit Schmerzen allein gelassen fühlen.

Hintergrund

Am 6. Juli 2023 fanden die beiden Gesetzesentwürfe zum assistierten Suizid keine Mehrheit, wohingegen der Antrag „Suizidprävention stärken“, der von einer parlamentarischen Gruppe von Dr. Kirsten Kappert-Gonter eingebracht wurde, mit 687 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen wurde. Dies entspricht einer Zustimmung von 99,28 Prozent. In diesem Antrag wurde die Vorlage eines Konzeptes zur Finanzierung und Stärkung der Suizidprävention bis zum 31. Januar 2024 gefordert. Darüber hinaus wurde beschlossen, dass die Bundesregierung bis zum 30. Juni 2024 einen Gesetzesentwurf und eine Strategie zur Suizidprävention vorlegt, die Maßnahmen und Akteure koordiniert und eine dauerhafte sowie zeitnahe Umsetzung von Suizidpräventionsmaßnahmen in Deutschland sicherstellt. Der Gesetzesentwurf soll dabei den Schwerpunkt auf die Prävention im Alltag der Menschen legen.

Die Diakonie engagiert sich seit langem in der Suizidprävention und unterstützt Menschen in psychosozialen Krisen und Notlagen. Dazu gehört u.a. die Bereitstellung von psychiatrischen Krisendiensten. Weiterhin ist die Diakonie eine Trägerin der Telefonseelsorge Deutschland und bietet umfangreiche Hilfen im Bereich der Hospizarbeit und Palliativversorgung an.

Gegen Menschenhandel vorgehen EU-Richtlinie soll verschärft werden

Berlin, 2.5.2024 [IDEA]

Die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels soll geändert werden. Dafür hat das Europäische Parlament am 23. April mit großer Mehrheit gestimmt. Demnach sollen die Maßnahmen der EU gegen den Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung auch auf Zwangsheirat, illegale Adoption und die Ausnutzung von Leihmutterchaft erweitert werden. Die spanische Juristin und Parlamentsabgeordnete Eugenia Rodriguez Palop (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke) sagen zur Begründung: „Der Menschenhandel wird immer raffinierter, und die uns zur Verfügung stehenden Mittel sind unzureichend. Wir müssen in der Lage sein, Opfer frühzeitig zu finden und sie zu schützen

und zu unterstützen.“ Wer wissentlich die Dienste von Opfern von Menschenhandel in Anspruch nimmt, macht sich künftig strafbar. Die veränderte Richtlinie umfasst u.a. die Koordinierung zwischen den Behörden zur Bekämpfung des Menschenhandels und den Asylbehörden: Diese soll verbessert werden, damit die Opfer angemessene Unterstützung erhalten und ihr Recht auf Asyl geachtet wird. Im nächsten Schritt muss der Europäische Rat die Vereinbarung förmlich genehmigen. Laut der Europäischen Kommission werden jährlich mehr als 7.000 Menschen in der EU Opfer von Menschenhandel. Die Dunkelziffer ist deutlich höher.

Was Ehen verändert

1.600 Besucher kamen zum „liebevoll-Event“

Halle/Westfalen, 28.4.2024 [IDEA]

Rund 1.600 Menschen haben am 28. April an einem „liebevoll-Event“ in Halle (Westfalen) teilgenommen. Das berichtete der Mitveranstalter, die Evangelische Freikirche Köln-Ostheim. Gastgeber war die Freie Christliche Gemeinde Werther. Initiator des Projektes „liebevoll“ ist das Ehepaar André und Caro Töws. Es betreibt einen YouTube-Kanal, auf dem es Partnerschaft und Kindererziehung thematisiert. Die Veranstaltung fand zum vierten Mal statt. Diesmal ging es um „Liebe neu belebt“.

Zurück zur „ersten Liebe“

Pastor Peter Krell von der evangelischen-freikirchlichen Hoffnungskirche in Kaiserslautern sprach über die Ursache einer Ehekrise bei Christen. Sie liege darin, dass die Beziehung zur „ersten Liebe“, nämlich zu Jesus Christus, nicht in Ordnung sei. „Wir sollten nicht bei uns anfangen, nach Liebe zu suchen, sondern bei Jesus. Wenn du Jesus hast, hast du die Quelle der Liebe“, so Krell. Die Entfernung von Jesus passiere schleichend. So sei es auch in der Beziehung zum Ehepartner. Er warnte davor, mit diesem Zustand Frieden zu schließen. Jesus konfrontiere den Menschen entschlossen und liebevoll mit diesem fehlerhaften Status. Krell ermutigte die Zuhörer, zur ersten Liebe zurückzukehren: „Jesus will, dass wir zurückdenken, an die Zeit der ersten Liebe zu ihm.“

Womit Neubelebung beginnt

Pastor André Töws von der Evangelischen Freikirche Köln-Ostheim sagte, Ehepartner müssen verstehen, dass sie Veränderung brauchen: „Das größte Hindernis einer Neubelebung der Liebe in der Ehe ist die Zufriedenheit mit dem Status quo.“ Die Neubelebung einer Ehe beginne mit Kapitulation vor Gott, der kaputte Ehen heilen könne. Er beobachte, dass viel zu oft in Ehen der Partner „als selbstverständlich“ angesehen werde. Deswegen gelte es, den Ehemann bzw. die Ehefrau dankbar anzunehmen. Töws sprach ferner über Vertrauen in der Ehebeziehung. „Wie zwei Personen sich der jeweils anderen offenbaren, bestimmt die Qualität ihrer Beziehung zueinander.“ Als weiteren Punkt zur Neubelebung der Ehe nannte Töws die aufmerksame Investition. Es sei in erster Linie die Aufgabe des Mannes, Liebe zu initiieren und voranzugehen. Ehefrauen warnte er davor, ihre volle Aufmerksamkeit nur noch den Kindern zu schenken und dabei den Ehemann zu vernachlässigen. Im Blick auf die Sexualität sagte Töws, die Liebe werde nicht durch Sex neu belebt, aber er gehöre dazu. Das nächste „liebevoll-Event“ findet am 29. September im Maritim Hotel in Köln statt.

KURZ UND BÜNDIG AUS DER SELK

PERSONALIA

Pfarrer **Rudolf Pfitzinger (Magdeburg)** wurde nach der Wahl der Kirchenbezirkssynode am 4. Mai zum Superintendenten des Kirchenbezirks Sachsen-Thüringen bestellt. Die Amtseinführung fand in Weißenfels statt und wurde durch den zuständigen Propst Stefan Dittmer vorgenommen.

Pfarrer **Edmund Hohls (Berlin-Wilmersdorf)** trat mit Beginn des 1. Junis in den Ruhestand ein. Er trägt nun den Titel „Pfarrer i.R.“. Pfarrer Christoph Schulze überreichte am 2. Juni im Rahmen eines Gottesdienstes die Ruhestandsurkunde. Pfarrer Hohls hat über seine eigentliche Dienstzeit hinaus in Berlin-Wilmersdorf gewirkt und zuletzt die Gemeinde dort geleitet.

Pfarrer **Dr. Arno Vorpapel Scheunemann** aus Brasilien trat zum 1. Juni sein Amt als Pfarrer der SELK in Deutschland an. Er ist im hessischen Pfarrbezirk Widdershausen-Obersuhl eingesetzt und wird dort sein Amt ausüben.

Tim-Christian Hebold wurde am 25. Mai durch den zuständigen Superintendenten Gottfried Heyn in der St. Michaelis-Kirche der SELK in Talle in das Amt des Diakons eingesegnet. Hebold wurde in Minden geboren und bekam durch den Superintendenten die Einsegnungsurkunde überreicht.

KURZNACHRICHTEN

- Pünktlich zur Fußball-Europameisterschaft der Herren, die in diesem Jahr ab dem 14. Juni in Deutschland stattfindet, hat die SELK einen Spielplan im Format DIN A2 herausgebracht. Der **SELK-EM-Planer** umfasst alle Infos und Felder zum Eintragen der Ergebnisse aller Vorrundenpartien, der Achtel-, Viertel-, Halbfinale sowie des Finales am 14. Juli, das in Berlin ausgetragen wird. Für Kurzentschlossene sind noch wenige Exemplare verfügbar! Der Planer ist einzeln für 2,50€ (inkl. Versand) erhältlich, 3 Stück kosten 3,90€ (inkl. Versand) und 10 Stück sind für 7,90€ (inkl. Versand) zu erwerben. Bestellungen können über das Kirchenbüro (selk@selk.de) aufgegeben werden.

- Ein kleines Jubiläum konnte die **Bläsergruppe Hessen-Nord** der SELK in diesem Jahr feiern: Bereits zum fünften Mal verbrachte sie die Karwoche auf der Nordseeinsel Borkum, um sich auf kommende musikalische Aufgaben vorzubereiten. In diesem Jahr wurden unter der Leitung von **Prof. Stefan Mey** (Hannover) Werke geprobt, die bei einem Konzert zum **Deutschen Evangelischen Posamentag (DEPT)** am 4. Mai in Hamburg aufgeführt wurden. Neben den regelmäßigen Mitgliedern der Bläsergruppe nahmen auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Angehörige aktiv an der Musik- und Familienfreizeit teil. Am 26. April gestalteten die Bläser eine musikalische Passionsandacht in der gut besuchten evangelisch-reformierten Kirche.

- Vom 26. bis 28. April fand auf dem Campus der Theologischen Hochschule Friedensau der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten (STA) in Möckern-Friedensau die diesjährige Tagung des **Vereins für Freikirchenforschung (VFF)** unter dem Thema „Die Zukunft der Welt zwischen Horror und Hoffnung“ statt. Dabei ging es um die Lehren der verschiedenen (Frei-) Kirchen über die Eschatologie im Hinblick auf die Herausforderungen, die die Weltgemeinschaft zurzeit zu bewältigen hat. Im Programm war auch eine Podiumsdiskussion mit Studierenden über die Sorgen und Hoffnungen der sogenannten „Letzten Generation“. **Prof. Dr. Gilberto da Silva** der Lutherischen Theologischen Hochschule (Oberursel), der die SELK im VFF vertritt und Mitglied in dessen Beirat ist, hat an der Tagung teilgenommen.

- Am 21. April hat Präses em. **Peter Ahlers**, der Gemeindeglied der **Christusgemeinde Wiesbaden** ist, in den Gemeinderäumen der Wiesbadener SELK-Gemeinde mehr als 150 Modellbauten, die aus Papier hergestellt wurden, ausgestellt. Vorranging konnten Interessierte Kirchen aus den verschiedenen Epochen der Kirchenbaugeschichte bewundern. Besonders die Geduld und Geschicklichkeit des Bastlers wurde von den Besucherinnen und Besuchern gelobt. Am 27. April fand in Gemeinderäumen der Christuskirchengemeinde ein erstes Frauenfrühstückstreffen unter dem Thema „Alles was ihr tut geschehe in Liebe – gerade jetzt!“ statt. Umrahmt von einer Andacht, Musik und einem von den Teilnehmenden gelobten Brunch führte Referentin **Andrea Riemann** die etwa 45 Frauen durch den fröhlichen und segensreichen Vormittag.

- Ende April kam das **Kuratorium der „Stiftung zur Sicherung der Versorgung kirchlicher Mitarbeiter der SELK“** (SELK-Stiftung) im Kirchenbüro der SELK in Hannover zusammen. Bei dem Treffen dabei war u.a. auch Christof von Hering, der als Vorsitzender der Synodalkommission für Haushalts- und Finanzfragen (SynKoHaFi) zugegen war. Einen Tag später tagte die **Kirchenleitung** im gleichen Besprechungsraum und beriet über wichtige Fragen der Kirche, u.a. über kirchenleitendes Handeln in der Frage der Ordination von Frauen und traf zahlreiche Personal- und Beauftragungsentscheidungen.

- Vom 31. August bis 1. September 2024 soll in Erfurt zum zweiten Mal die **lutherische Tagung „Gemeinsam Glauben“** stattfinden. Sie richtet sich an erwachsene Kirchglieder in der SELK, selbstverständlich sind aber auch Gäste und begleitende Kinder willkommen. „Wer Freude an lutherischer Theologie, erbaulichen Andachten und feierlichen Gottesdiensten hat und Gemeinschaft mit Glaubensgeschwistern sucht, der ist hier - unabhängig von Alter und Lebensumständen - richtig!“, so das gemeindeübergreifende Organisationsteam. Veranstalter der Tagung ist die Erfurter Christus-Kirchengemeinde der SELK, als Hauptredner wird **Juhana Pohjola**, Bischof der finnischen Schwesterkirche der SELK und Vorsitzender des Internationalen Lutherischen Rates (ILC), sein.

- Bei schönem Wetter feierten die **SELK-Gemeinde Berge-Unshausen** sowie die Gemeinde der Evangelischen Landeskirche Hebel/Unshausen ihren diesjährigen ökumenischen Himmelfahrts-Gottesdienst nach Unterbrechung wieder auf dem Falkenberger Schlossberg. Am diesjährigen Gottesdienst nahmen mehr als 60 Besucherinnen und Besucher teil. Die landeskirchliche Vikarin Anne-Christine Pforr leitete den OpenAir-Gottesdienst und SELK-Pfarrer i.R. Holger Degen hielt die Predigt. Im Anschluss war Zeit für einen ökumenischen Austausch bei Kaffee und Kuchen. Die Kollekte und Kuchensammelnde waren diesmal für die Diakonische Arbeit in Wabern vorgesehen.

- Zu zwei Konzerten mit besonderem Bezug zum Nachbarland Frankreich lud die **Lutherische Bläsergruppe** herzlich ein. Die Konzerte fanden am 1. Juni um 18 Uhr in der **Kreuzkirche** der SELK in **Stadthagen** und am 2. Juni um 17 Uhr in der **Zionskirche** der SELK in **Soltau** statt. Unter der Überschrift „Leben. Lieben. Leiden - ... wie Gott in

Frankreich“ spielte die Lutherische Bläsergruppe viele bekannte französische Melodien, die oftmals in besonderer Weise melancholisch auf die Zuhörerinnen und Zuhörer wirkten oder aber den besonderen Stolz der Franzosen widerspiegelten. In dem moderierten Konzert näherte sich die Gruppe dabei dem Sprichwort „Leben wie Gott in Frankreich“ an.

- Am Abend des 22. April kam die **Synodale Arbeitsgruppe für Anliegen von Frauen in der SELK** mit der **Arbeitsgruppe der LthH**, die die **Studie zu Rollen von Frauen in der SELK** betreut, zusammen. Ebenso anwesend war Dr. Felicitas Held von der Universität Bamberg, die den empirischen Teil der Studie durchführt. Neben Berichten vom jeweiligen Arbeitsbereich, ging es beim Treffen darum, auszuloten, wie die Syn-AG-Frauen die Arbeit von Frau Held unterstützen kann. Beide Arbeitsgruppen sind aus Anträgen und Beschlüssen der Synoden 2019 und 2022 entstanden und kooperieren bereits seit der Auftaktveranstaltung der Studie im März 2023.

- Am 2. Juni traf sich zwischen 15 und 18.30 Uhr die **Streichergruppe des Orchesters SELK Nord** in der **Zionskirche** der SELK in **Hamburg**. Im Wandsbeker Stieg 29 begannen die Musiker nach den Aufführungen des Osteroratoriums von Johann Sebastian Bach ein neues Programm. „Gäste sind herzlich willkommen“, so die Kantoren der Kirchenregion Nord der SELK im Vorfeld.

- Mitte Mai wurde die Sammelstelle der **humanitären Hilfe Osteuropa in Arpke**, welche sich in einem Zelt befindet, zum Ausbildungsort für Spürhunde bzw. für Spürhundeausbilder. Die ca. 30 Hunde werden trainiert, um später beim Zoll oder bei der Polizei bestimmte Substanzen aufzuspüren. In Kofferspalten, Kartonritzen, Kleidersäcken und zwischen Decken versteckten die ehrenamtlich tätigen Ausbilder ihre Substanzen. In diesem Fall war eine bestimmte Gummiart zu erschnüffeln. „Das ist hier der perfekte Ort, um die Hunde zu trainieren“ schwärmte Lena P., Ausbilderin der Schulungsgruppe. Die ca. 30 Personen, darunter drei Diensthundeführer der Polizei, waren aus Schleswig-Holstein angereist und freuten sich, an dieser erfolversprechenden Übung teilnehmen zu können. „Ein richtig guter Nebeneffekt der Hilfsgütersammlung“, freut sich **Almuth Müller**, Projektleiterin der Sammelstelle in Arpke.

- Am 14. Mai besuchten Glieder der **Kooperationszone Harz** der SELK aus den Gemeinden Göttingen, Halberstadt und Wernigerode unter Leitung von **Pfarrer Hüstebeck** das thüringische **Mühlhausen**. Die Reisegruppe sah bei der Stadtführung viele Sehenswürdigkeiten und erhielt Einblick in die Geschichte der einstigen Freien Reichsstadt. Zum Mittagessen gab es eine regionale Spezialität: Thüringer Klöße. Im Kirchsaal der SELK-Gemeinde wurde eine Andacht gehalten. Die interessierten Gäste erfuhren etwas über die 1837 gegründete Gemeinde und ihr 1873 gebautes Kirchgebäude sowie über die bereits durchgeführten und noch anstehenden Baumaßnahmen.

- Heftige Regenfälle haben, beginnend Anfang Mai, im südlichsten brasilianischen Bundesstaat, Rio Grande do Sul, Überflutungen und Erdbeben ausgelöst. Besonders betroffen waren die Städte und der Großraum um Canoas und Porto Alegre, die großenteils unter Wasser standen. Die Lage ist weiterhin schwierig. Spenden unter dem Stichwort „Nothilfe Canoas“ werden auch weiterhin

auf das Konto der **Lutherischen Kirchenmission** erbeten (IBAN: DE09 2579 1635 0100 4239 00, BIC: GENODEF1HMN). Spenden sind auch über PayPal möglich (mission-bleckmar@selk.de). Die Spenden kommen den Schulen und den 3.000 Schülern und ihren Familien, die dort betreut werden, zugute. Das Leid ist groß und alle Beteiligten sind dankbar für jede Spende, die für die direkte Nothilfe sowie für den Wiederaufbau eingesetzt werden wird.

- Am Abend des Pfingstsonntags fand in der Ev.-Luth. **Immanuelsgemeinde** der SELK in **Stuttgart** im Rahmen der „**Nacht der offenen Kirchen**“ ein Gottesdienst und eine Filmvorführung statt. In dem musikalisch reich ausgestatteten Gottesdienst wirkte der Sänger- und Bläserchor und ein Blockflötenduo der Gemeinde mit. Der Gottesdienst war gut besucht und einige Gäste waren anwesend. Von vielen wurde anschließend auch das Filmangebot gerne angenommen und anschließend schloss sich noch ein reges Gespräch über den Film an.

IMPRESSUM

SELK INFORMATIONEN (SELK.Info), ISSN 1617-7614

Informationsdienst der Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK)

Herausgeber: Kirchenleitung der SELK

Schopenhauerstr. 7 | 30625 Hannover | Tel.: 0511-557808 | Fax: 0511-551588 | E-Mail: selk@selk.de

Redaktion: Pfarrer Alberto Kaas (Aus der evangelischen Welt)

Pastoralreferentin Dr. Andrea Grünhagen (Nachrichten aus der Ökumene)

Prof. i.R. Dr. Werner Klän D.Litt. (Aus dem Weltluthertum)

Christiane-Helene Poetsch (Diakonie-Report)

Hauptjugendreferent Karsten Schreiner (Jugendwerks-Informationen)

Geschäftsführender Kirchenrat Daniel Soluk (Berichte/Meldungen aus der SELK)

Endredaktion: Pastoralreferentin Dr. Andrea Grünhagen

Kommentare werden vom jeweiligen Verfasser verantwortet.

Redaktionsschluss ist der 22. des Vormonats.

Layout: Agentur smile-design, Berlin

Konto der SELK: IBAN: DE47 2507 0024 0444 4444 00, BIC: DEUTDEDBHAN (Deutsche Bank Hannover)

Um Überweisung der Bezugsgebühr (19,50 € im Einzelbezug, 15,50 € im Sammelbezug) wird einmal jährlich durch Anschreiben gebeten.